

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2023 09

LGBTQ-RECHTE

Länder in Afrika gehen sehr unterschiedlich mit sexueller Diversität um

DIGITALISIERUNG

Wie technologische Entwicklungen den Alltag von Frauen beeinflussen

KULTUR-SPEZIAL

Teil 2: Die E+Z-Redaktion rezensiert vier Romane und eine TV-Serie



Wasserinfrastruktur

Editorial

- 3 **JÖRG DÖBEREINER**
Mehr Kooperation nötig, um UN-Ziel für Wasser zu erreichen

Magazin

- 4 **LISSA JANET, OPIO UND ISABELLA BAUER**
In den meisten Ländern Afrikas werden LGBTQ-Personen noch immer verfolgt

- 6 **INTERVIEW MIT PAYAL ARORA**
Digitale Technologie kann Frauen stärken

- 8 **DASMANI LAARY / IMPRESSUM**
Heutzutage: Ghanas Gefängnisse sind überfüllt

Kultur-Spezial

- 10 **HANS DEMBOWSKI**
Roman: Eine Iranerin in Frankfurt der 1960er-Jahre

- 11 **MAREN VAN TREEL**
Roman: Vater und Sohn reisen nach Peru – und zueinander

- 12 **SABINE BALK**
Roman: Tsitsi Dangarembga über ein Mädchen aus Simbabwe

- 13 **MUSTAFA SHRESTHA**
TV-Serie: Wie es zur Tschernobyl-Katastrophe kam

- 14 **DAGMAR WOLF**
Roman: Gelebter Feminismus in Uganda

Debatte

- 15 **ISAAC SAGALA**
Gewaltsame Proteste in Kenia

- 16 **AFRIKANISCHE MEDIEN**
Pressestimmen des Kontinents zum Russland-Afrika-Gipfel

Schwerpunkt: Wasserinfrastruktur

- 19 **ELAINE T. LAWSON**
Ghanas Wasserversorgung macht nur kleine Fortschritte

- 21 **CHRISTOPH SCHNEIDER-YATTARA**
Krisengeplagtes Horn von Afrika leidet unter anhaltender Dürre

- 23 **RONALD SSEGUJJA SSEKANDI**
Kampala hat zahlreiche Sanitärprobleme

- 24 **RAFIQUL ISLAM MONTU**
Chittagong in Bangladesch steht jeden Tag unter Wasser

- 27 **NAND KISHOR AGRAWAL UND SANJEEV BHUCHAR**
Die Menschen im Himalaya müssen ihre Quellen bewahren

- 29 **DANIEL NORDMANN, DIETER ROTHENBERGER UND JÖRG DUX**
Städtische Wasserbetreiber benötigen bessere Förderung

- 32 **BENJAMIN KIERSCH**
FAO stößt globalen Dialog zu Wasserrechten an

- 34 **PRINCE THOMPSON**
UN-Bericht: SDG6 wird wahrscheinlich nicht erreicht

SCHWERPUNKT

Wasserinfrastruktur

Ein Viertel der Menschheit hat keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser, knapp der Hälfte fehlt es an sanitärer Grundversorgung. Der Wasserverbrauch steigt, und die Klimakrise verschärft die Lage. Um die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 noch zu erreichen, sind erhebliche Investitionen in eine leistungsfähige Infrastruktur nötig. Entscheidend ist zudem Kooperation auf allen Ebenen: zwischen lokalen Gemeinschaften ebenso wie zwischen Staaten.

Titelseite: Frauen an einer Wasserpumpe in Äthiopien.
Foto: picture-alliance/Caro/Trappe





Unser Schwerpunkt zum Thema Wasserinfrastruktur beginnt auf Seite 18. Er hat direkten Bezug zum 6. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen.

Zusammenarbeiten für das Menschenrecht Wasser

Im März lud die UN in New York zu einer der größten Wasserkonferenzen überhaupt. Regierungen, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen machten hunderte von Zusagen, die gemeinsam die „Water Action Agenda“ bilden. Sie soll das 6. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG6 – Sustainable Development Goal) umsetzen: „Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle“.

Wasser als lebenswichtige Ressource bekam mit der Konferenz zwar dringend benötigte Aufmerksamkeit, doch bindend sind die Zusagen leider nicht. Das lässt befürchten, dass es ähnlich kommen könnte wie beim Schutz des Klimas und der Biodiversität: viele Versprechen, denen aber nicht die nötige Finanzierung und Umsetzung folgen.

An global koordiniertem, nachhaltigem Wassermanagement führt allerdings

„Die UN-Entwicklungsziele sind nur dann zu erreichen, wenn es gelingt, eine zuverlässige Wasserinfrastruktur für alle zu schaffen.“

kein Weg vorbei. Es spielt auch für andere UN-Ziele wie Ernährungssicherheit (SDG2) und Gesundheit (SDG3) eine zentrale Rolle. Diese Ziele sind nur dann zu erreichen, wenn es gelingt, eine zuverlässige Wasserinfrastruktur für alle zu schaffen.

Geht es weiter wie bisher, wird die Weltgemeinschaft ihre Wasserziele klar verfehlen. Ein Viertel aller Menschen hat keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser; knapp der Hälfte fehlt es an sanitärer Grundversorgung. Zugleich stieg der Wasserverbrauch in den vergangenen Jahrzehnten um etwa

ein Prozent pro Jahr. Laut UN könnte es bis 2050 so weitergehen. Der größte Anstieg ist in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen zu erwarten. Dort mangelt es aber schon jetzt vielerorts an der nötigen Infrastruktur.

Die Klimakrise verschärft die Lage. Sie führt zu mehr extremen Wetterereignissen, die Menschen von der Trinkwasserversorgung abschneiden und Infrastruktur zerstören. Mangelernährung und Krankheiten sind die Folge, und Wasserknappheit hat bereits Millionen Menschen vertrieben.

Hinzu kommen sozioökonomische Missstände: Viele können sich sauberes Wasser nicht leisten – teils, weil Regierungen es privatisiert haben; teils, weil es verschmutzt ist durch Müll, Bergbau, Landwirtschaft oder Industrie. Wasser zu holen ist häufig Aufgabe von Mädchen und Frauen, die dafür teils kilometerweit laufen. Das schränkt ihre Bildungschancen ein, und damit auch ihre Lebensperspektiven.

Veränderungen zum Positiven sind möglich: Wasser wird laut UN weltweit immer effizienter genutzt. Und auf lokaler Ebene gibt es viele erfolgreiche Projekte, etwa zum Schutz von Quellen. Die Bevölkerung aktiv einzubinden, und sie nicht lediglich zu versorgen, ist ein zentraler Aspekt nachhaltigen Wassermanagements.

Dringend nötig sind Investitionen in eine leistungsfähigere, an Klimaveränderungen angepasste Infrastruktur. Das umfasst sowohl Trinkwasser- als auch Sanitärversorgung inklusive Abwasser und dessen Aufbereitung. Erhebliches Potenzial liegt in der Landwirtschaft, die mehr als 70 Prozent des genutzten Süßwassers verbraucht. Für effizientere Bewässerungsmethoden und die nachhaltige Erschließung neuer Quellen fehlt es aber oft an belastbaren Daten.

Zugang zu Wasser ist ein Menschenrecht, und dafür ist Kooperation entscheidend: auf lokaler Ebene zwischen Orten, die von demselben Wassereinzugsgebiet abhängen; aber auch zwischen Staaten, deren Grenzen ein Fluss überquert. Nur durch verstärkte Zusammenarbeit lassen sich Konflikte um Wasser vermeiden – und die UN-Ziele erreichen.



JÖRG DÖBEREINER
ist Redakteur bei E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu

LGBTQ-RECHTE IN AFRIKA

Zwischen Fortschritt und Reaktionismus

Die rechtliche und gesellschaftliche Akzeptanz von LGBTQ-Personen unterscheidet sich in afrikanischen Ländern und Gesellschaften stark. Nur wenige Staaten schützen sie und erkennen ihre Rechte an. Die Mehrheit verfolgt sie nach wie vor.

Von Lissa Janet, Opio und Isabella Bauer

Nach Angaben der Internationalen Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen-, Trans- und Intersexuellenvereinigung (ILGA) gilt Homosexualität derzeit in 66 Ländern weltweit als Straftat. Die Hälfte davon liegt in Afrika. In Ländern wie Nigeria, Sudan, Somalia und Mauretanien drohen LGBTQ-Personen lange Gefängnisstrafen – und in einigen Fällen sogar Todesurteile.

Erst kürzlich hat Ugandas „Anti-Homosexuellen-Gesetz“ zu einem internationalen Aufschrei geführt. Präsident Yoweri Museveni unterzeichnete das Gesetz im März, das homosexuelle Handlungen mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 20 Jahren sanktioniert. In Fällen „schwerer Homose-

xualität“ – dem Gesetz nach Sex mit Personen unter 18 Jahren oder die Beteiligung einer HIV-positiven Person – droht sogar die Todesstrafe.

Und auch wer Homosexuelle medizinisch versorgt, beherbergt oder vor Gericht vertritt, macht sich wegen „Förderung von Homosexualität“ strafbar. Medienorganisationen, die über LGBTQ-Themen berichten, drohen Geldstrafen von einer Milliarde ugandischer Schilling (etwa 250 000 Euro) und ein Lizenzentzug für zehn Jahre.

Die ohnehin wenigen Organisationen, die die LGBTQ-Gemeinschaft in Uganda stärken, wurden so ihrer rechtlichen Grundlage beraubt. Und auch die Unterstützung westlicher Organisationen oder im Ausland lebender Ugander*innen wird massiv eingeschränkt. Dieses Gesetz macht es LGBTQ-Personen unmöglich, ihr wahres Selbst zu leben und auszudrücken. Es zielt im Wesentlichen darauf ab, Queerness in Uganda komplett zu unterdrücken (siehe Kasten).

Dennoch zeichnen sich in einigen Ländern Afrikas auch positive Veränderun-

gen ab. Namibia etwa hat jüngst im Ausland geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen anerkannt. Südafrika garantiert LGBTQ-Personen schon länger rechtlichen Schutz, obwohl sie außerhalb der Metropolen Johannesburg, Durban und Kapstadt nur auf wenig Akzeptanz stoßen. Staaten wie Botswana und Mosambik erkennen LGBTQ-Rechte zunehmend an – auch wenn sie noch weit entfernt von gesellschaftlicher Akzeptanz und wahrer Gleichstellung sind. Und in Ruanda veröffentlichte die NGO Plan International im April das „Amahitamo Yanjye („My Choice“) Comprehensive Sexuality Education Toolkit“, das sich an Heranwachsende und junge Menschen unter 24 Jahren richtet. Es zielt auf die Bekämpfung von Teenagerschwangerschaften ab und enthält Informationen über Homosexualität und andere sexuelle Orientierungen. Es gibt keine Einschränkungen hinsichtlich der Diskussion oder Förderung von LGBTQ-Themen in Ruanda.

HOMOSEXUALITÄT – „UNAFRIKANISCH“?

Zur Unterdrückung von LGBTQ-Personen wird oft ein in ganz Afrika verbreitetes Narrativ bemüht: Homosexualität sei ein Import aus dem Westen – ein neokolonialer Versuch, den Kontinent zu schwächen. Kenias Präsident William Ruto bezeichnete Homosexualität als unvereinbar mit der afrikanischen Kultur und dominierenden Religionen. In Ghana starteten Journalist*innen eine Anti-Queer-Kampagne, als in der Hauptstadt Accra ein LGBTQ-Zentrum eröffnete. Homosexualität brandmarkten sie darin als „unafrikanisch“. Auch in den sozialen Medien kursieren zahllose Verschwörungstheorien, immer mit derselben Botschaft: Homosexualität sei eine Erfindung des Westens, um die Afrikaner*innen auszurotten.

Dabei ist das Narrativ historisch betrachtet schlicht falsch. Es gibt zum Beispiel Hinweise darauf, dass König Mwanga II. im Königreich Buganda, das einen Teil des heutigen Uganda ausmacht, offen schwul war. Er ist vielleicht eine der berühmtesten homosexuellen Persönlichkeiten im vorkolonialen Afrika, aber nicht die einzige.

Laut Sylvia Tamale, einer ugandischen Menschenrechtsaktivistin und Juraprofessorin, die die Geschichte der Sexualität in Afrika erforscht, gab es vor der europäischen Kolonialisierung in vielen



Mitglieder der LGBTQ-Community protestieren beim Christopher Street Day in München – in Uganda würde ihnen dafür Gefängnis drohen.

afrikanischen Gesellschaften unterschiedliche Auffassungen und Ausdrucksformen von gleichgeschlechtlichen Beziehungen und Identitäten. Die alten Höhlenmalereien des San-Volkes in der Nähe von Guruve in Simbabwe zeigen etwa zwei Männer bei einer Art rituellem Sex. In Uganda wurden „verweiblichte Männer“ bei dem Volk der Langi „mudoko dako“ genannt, in Zentralafrika beim Volk der Zande „mawali“. Sie durften Männer heiraten und wurden auch sonst wie Frauen behandelt.

Das Vokabular, mit dem gleichgeschlechtliche Beziehungen in afrikanischen Sprachen beschrieben wurden, ist ein weiterer Beweis für ihre Existenz im vorkolonialen Afrika, wie Tamales Forschung zeigt. Beziehungen zwischen Basotho-Frauen im heutigen Lesotho wurden „motsoalle“ („besondere Freundin“) genannt. Die Shangaan

im südlichen Afrika bezeichneten gleichgeschlechtliche Beziehungen als „inkotshane“ („Mann-Frau“). Und auch die im Senegal gesprochene Sprache Wolof hatte schon immer ein Wort dafür: „gor-digen“.

Tamale betont jedoch, dass gleichgeschlechtliche Beziehungen in Afrika nicht immer Ausdruck erotischen Begehrens waren und sich vom westlichen Konzept der sexuellen Identität unterscheiden. Oftmals waren sie Teil von Sexualerziehung, Ritualen oder dienten spirituellen Zwecken.

Ihre Studien zeigen zwar, dass Homosexualität keineswegs von Europäern nach Afrika gebracht wurde. Doch das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass gleichgeschlechtliche Beziehungen auch damals weitgehend abgelehnt wurden. Die Kolonialherren und christlichen Missionare verfestigten dann die bereits vorherrschenden

Moralvorstellungen weiter und kriminalisierten sie mit entsprechenden Gesetzen.



LISSA JANET
ist
Kommunikationsbeauftragte
bei Queer Youth Uganda.



OPIO
ist nicht der wahre Name des
Autors.



ISABELLA BAUER
ist freie Journalistin und
Beraterin.

post@isabellabauer.de

Ein freies Leben ist unmöglich

„Homosexuelle in kleiner Zahl hat es in unserem Teil Schwarzafrikas immer gegeben. ... Nie sind sie strafrechtlich verfolgt oder diskriminiert worden“, behauptete der ugandische Präsident Yoweri Museveni in der BBC-Sendung „Hard Talk“ im März 2012 (siehe auch Haupttext). Heute droht Menschen für die bloße Bekenntnis, lesbisch oder schwul zu sein, lebenslängliche Haft. Das hat Museveni jüngst mit dem „Anti-Homosexuellen-Gesetz“ beschlossen. Was ist geschehen?

Seit seinem Machtantritt 1986 nutzt Präsident Museveni Kooperationen mit internationalen Verbündeten sehr strategisch. In den 1990er-Jahren erhielten Ansätze zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit massive finanzielle Unterstützung, hauptsächlich von der US-Regierung unter Bill Clinton. Uganda war eines der erfolgreichsten Länder in Afrika bei der Bekämpfung von AIDS.

Mit dem ABC-Ansatz (stay abstinent, be truthful, use condoms) gelang es, die Infektionsraten zu senken.

Doch mit der Wahl von US-Präsident George W. Bush bestimmten rechtsgerichtete Politiker*innen und fundamentale Christ*innen die Gesundheitspolitik. Fortan galt: nur Abstinenz. Länder des globalen Südens, die auf US-Gelder angewiesen waren, mussten ihre Rhetorik und ihren Ansatz ändern. In Uganda wurden kostenlose Kondome aus Gesundheitseinrichtungen verbannt, berichtet die US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID). Auch in der Öffentlichkeit dominierten immer mehr fundamentale Christ*innen mit ihrer Botschaft: AIDS ist die Strafe Gottes für Homosexualität.

Seither hat der Einfluss fundamentalistischer christlicher Kirchen dramatisch zugenommen. In Seminaren

unter Etiketten wie „Menschenrechtsverteidigung“ bezeichnen Gruppen wie die in den USA ansässige „Family Watch International“ Homosexualität als Krankheit und unterstützen Konversionstherapien. Auch sprechen sie sich gegen Sexualkundeunterricht an Schulen und das Recht auf Abtreibung aus. Der erste Gesetzesentwurf des sogenannten „Kill the Gays Bill“ aus dem Jahr 2014 wurde auch von der religiösen Rechten in den USA beeinflusst und finanziert. Damals wegen eines Verfahrensfehlers vom Verfassungsgericht für ungültig erklärt, wurde das Gesetz dieses Mal in erweiterter Form verabschiedet.

Angesichts dessen ist es beeindruckend, dass die LGBTQ-Gemeinschaft dennoch Fortschritte im Bereich der Inklusion gemacht hat, insbesondere im Gesundheitssektor. Gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium hat sie sich gegen die Ausbreitung von AIDS und für ein Recht auf Gesundheit unabhängig von der sexuellen Orientierung

oder der Geschlechtsidentität starkgemacht. Bei der Unterzeichnung des neuen Gesetzes lobte Gesundheitsministerin Ruth Acheng jedoch Museveni und schürte damit Bedenken hinsichtlich der künftigen Abstimmung zwischen dem Ministerium und der LGBTQ-Gemeinschaft.

Bei öffentlichen Skandalen dient die LGBTQ-Gemeinde der ugandischen Regierung häufig als Sündenbock. Dabei wird auf tief verwurzelte religiöse Normen zurückgegriffen, um Zustimmung zu erhalten. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes hat es zahlreiche Verhaftungen und Angriffe gegen LGBTQ-Organisationen und ihre Mitglieder gegeben. JL, O, IB





Eine Teenagerin in Bangladesch macht ein Selfie.

DIGITALE TECHNIK

„Es kommt auf unüberwachten Zugang an“

Payal Arora von der Erasmus-Universität Rotterdam weiß, dass sich digitale Chancen auch ohne Alphabetisierung oder Fremdsprachenkenntnisse ergreifen lassen. Im Interview mit Hans Dembowski ging sie auch auf Geschlechterdiskriminierung durch künstliche Intelligenz ein.

Payal Arora im Interview mit Hans Dembowski

Wie stärkt digitale Technik Frauenrechte?

Bekanntlich ist Technik weder gut noch schlecht. Sie kann der Stärkung von Frauenrechten dienen, aber auch der Unterdrückung von Frauen. Dass Frauen automatisch davon profitieren, wenn Technik und Bildung sich verbreiten, ist ein Trugschluss. Schädliche Traditionen wie die Mitgift in Südasien prägen das Mittelschichtleben stark – trotz höherer Alphabetisierungsraten und insgesamt besserer Bildung. Patriarchale Gesellschaften und religiöse Institutionen können Trackingsysteme verwenden,

um Frauen im öffentlichen Raum stärker zu kontrollieren. Andererseits nutzen Frauen digitale Räume zur Selbstverwirklichung, Professionalisierung, Vernetzung und Gemeinschaftsbildung. Die Frage ist, wie wir Technik so gestalten, dass sie Frauen und andere benachteiligte Gruppen stärkt, aber Schaden reduziert.

Wann dient digitale Technik denn feministischen Anliegen?

Netzwerke sind sehr wichtig. Frauen müssen sich mit Geschlechtsgenossinnen austauschen. Wir haben in Bangladesch geforscht, wo benachteiligte Frauen traditionelle Kleidung herstellen und mit ihrem Handwerk wertvolles kulturelles Erbe erhalten. Auf ihre Arbeit stützt sich ein recht lukratives Marktsegment. Die Frauen sind sehr arm und merken oft nicht, wie sie ausgebeutet werden. Im Zwischenhandel wird viel Geld verdient, aber die Produzentinnen bekommen nur wenig ab. Viele Betroffene sehen sich nicht als Arbeiterinnen. Sie

denken, sie tun etwas für ihre Familie. Die Forschung zeigt, dass digitale Vernetzung ihr Selbstbewusstsein steigert und hilft, die eigene Lage zu verstehen. Sie teilen sich mit, wie sie bessere Verträge und Arbeitsbedingungen erreichen oder wie sie wichtige Informationen im Internet finden. Sie prüfen zum Beispiel, was ihre Waren in Souvenirshops kosten. So kann digitale Technik sehr hilfreich sein.

Welche Art von Bildung ist dafür nötig?

Formale Bildung wird im digitalen Alltag überbewertet. Menschen lernen voneinander und durch Herumspielen mit neuen Geräten in digitalen Räumen. Es hilft, wenn Apps für intuitive Nutzung gestaltet werden. Worauf es wirklich ankommt, ist unüberwachter und ungestörter Zugang zum Internet. In ganz Südasien sind arrangierte Ehen üblich. Sehr oft kontrolliert der Ehemann das Mobiltelefon seiner Frau. Sie darf kein geheimes Passwort haben, und er kann jederzeit in ihren Browserverlauf, ihre Social-Media-Einträge und ihre WhatsApp-Nachrichten schauen. Das führt zu Selbstzensur, welche die Möglichkeiten für Frauen stark einengt. Auch achtet die ganze Großfamilie darauf, was eine Frau online tut. Wenn sie beruflich ein Handy braucht, ändert sich aber einiges. Im besten Fall bekommt sie von Arbeit- oder Auftraggeber*in ein Gerät. Dass sie Geld verdient, erweitert in kleinen, aber wichtigen Schritten Freiräu-

me – die sie dann nicht nur für engverstandenen beruflichen Dinge nutzt. Wir müssen den alten Spruch, dem zufolge das Private politisch ist, erweitern: Berufliches ist nämlich privat.

Ist die Lage in urbanen Gegenden besser, weil es dort mehr Erwerbschancen für Frauen gibt?

Nein, nicht unbedingt. Die Vorstellung, der ländliche Raum sei per se rückständig, muss überdacht werden. Das Dorfleben hat sich verändert – und viele Menschen, darunter auch Frauen, tragen zu Lieferketten und Dienstleistungen bei, die weit über ihre Dörfer hinausreichen. Die eben erwähnten Textilhandwerkerinnen in Bangladesch sind ein Beispiel. Ihre Heimarbeit dient weit entfernten Geschäften. Große Teile der Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen haben heute Mobilfunknetzwerke – und diese finden regen Anklang.

Aber die Leute müssen schon lesen können?

Lesen hilft, ist aber weniger wichtig, als Sie vermutlich denken. Audiovisuelle Apps sind weit verbreitet. Interessante Informationen sind auch so erhältlich. Sie müssen also auch nicht schreiben, um sich mitzuteilen. Viele Menschen, die kaum lesen können, können mit audiovisuellen Mitteln über viele Themen kommunizieren – und zwar mit großer Reichweite und Empathie, auch über kulturelle und staatliche Grenzen hinweg.

Was ist mit Sprachkenntnissen? Wenn Sie weder Englisch, Spanisch noch eine andere Weltsprache beherrschen, sind Sie von globaler Interaktion doch abgeschnitten.

Nein. Selbst wenn sie nur ihre Regionalsprache sprechen, empfinden junge Menschen in Südasien die digitale Sphäre als sehr befreiend. Sie können mit anderen kommunizieren, die ihre Sprache beherrschen. Frühere Generationen waren auf das eigene Dorf und vielleicht ein paar Nachbardörfer beschränkt. Möglicherweise führen sie auch manchmal in die nächstgelegene Kleinstadt. Das war es dann aber auch. Heute spielt der Ort keine Rolle mehr. Jugendliche in einem kleinen Dorf im indischen Bundesstaat Punjab können Freundschaften im gesamten Sprachraum schließen, zu dem auch die gleichnamige Provinz Pakistans gehört. Große Diasporagemeinschaften

gibt es auch in Britannien, Kanada, Australien und andernorts. Das gilt ähnlich für andere asiatische, aber auch afrikanische Sprachen. Jugendliche bekommen traditionell wenig Aufmerksamkeit. Jetzt werden sie kreativ, um Anschluss – und vielleicht sogar ein Publikum – zu finden. Sie erfinden etwa einen witzigen Tanz und posten ihn auf TikTok. Unüberwachter Netzzugang gibt jungen Leuten neue Freiheiten, Dinge zu erproben und zu erforschen – und zwar trotz einengender kultureller Normen und obwohl sie argwöhnisch beobachtet werden.

Wenn es auf unkontrollierten Netzzugang ankommt, sind Teenagerinnen in den Dörfern vermutlich benachteiligt.

Das stimmt leider. Die ganze Familie macht sich Sorgen um den Ruf der Tochter, und angesichts der konservativen Normen, die in diesen Kontexten herrschen, ist das auch verständlich. Was werden die Leute in der Nachbarschaft sagen, wenn die Tochter auf einem Foto ein bisschen zu viel Schulter zeigt? Und was denken entfernt lebende Verwandte, wenn sie ein Foto von sich auf einem einsamen Strand postet? Was macht sie da? Wer passt auf sie auf? Selbst wenn eine Teenagerin ein eigenes, internetfähiges Handy hat, wird aufmerksam verfolgt, was sie auf sozialen Medien treibt. Und trotzdem haben diese jungen Mädchen heute mehr Möglichkeiten, als ihre Mütter sie hatten.

Ich halte soziale Medien für weniger frei, als generell angenommen wird. Die Algorithmen unterstützen gewohnte Narrative, halten Leute mit trivialer Unterhaltung oder auch Empörung möglichst lang auf einer Plattform und sind nicht für ernsthafte Debatten optimiert. Oft verbreiten sie auch populistische Propaganda. Ich finde, der digitale Raum braucht globale Regulierung.

Ja, es gibt echte Probleme, und deshalb ist globale Regulierung tatsächlich nötig. Trotzdem sollten Sie die Freiräume im Internet nicht unterschätzen. Viele individuelle Influencer haben eine erstaunlich große Gefolgschaft aufgebaut, und dafür müssen sie etwas Interessantes bieten. Sie können nicht nur gewohnte Narrative bedienen und gegen Bezahlung Waren bewerben. Beides kommt selbstverständlich vor, aber dann beginnt das Publikum auch schnell wegzubröckeln. Es gibt auch Influencerinnen, und



sie empfinden ihre Möglichkeiten sicherlich als befreiend.

Künstliche Intelligenz (KI) benachteiligt oft Frauen. Lässt sich das ändern?

Die Algorithmen spiegeln die Vorurteile wider, die in den Datensätzen stecken, mit denen sie trainiert werden. Die in der Vergangenheit gesammelten Daten dokumentieren patriarchale Haltungen. Auch sind westliche, gebildete, industrialisierte, reiche und demokratische Gesellschaften überrepräsentiert. Wenn Frauen und Mädchen unter gesellschaftlicher Diskriminierung leiden, schlägt sich das in den Datensätzen nieder und taucht dann auch wieder in Algorithmus-Empfehlungen auf. Wir können das Vergangene nicht ändern – aber wir müssen es auch nicht als Zukunft akzeptieren. Datensätze lassen sich ändern. Ich mache bei einem EU-finanzierten Projekt mit, das Diskriminierung in KI-unterstützten Personalabteilungen reduzieren soll. Es heißt FINDHR (Fairness and Intersectional Non-Discrimination in Human Recommendation). Wir stellen halbsynthetische Datensätze her, in denen beispielsweise Frauen mit dunkler Hautfarbe stärker vorkommen. Das ist eine Reaktion auf bekannte Fehlschläge wie das Debakel bei Amazon, wo die Software Männer für Spitzenjobs bevorzugte, weil Spitzenjobs ja meist männlich besetzt sind. Andere Datensätze führen vermutlich zu anderen Vorschlägen. Letztlich entscheiden Menschen über Arbeitsverträge, aber sie mögen KI-Unterstützung – und diese kann mit besserem Training besser werden.



PAYAL ARORA ist Digital-Anthropologin und Professorin an der Erasmus School of Philosophy in Rotterdam.

LinkedIn: <https://www.linkedin.com/in/payalarora>
X (vormals Twitter): @3Lmantra

Gefängnisse entlasten

Seit Jahren versucht Ghana vergeblich, eine Gesetzesreform zu verabschieden, um Strafen ohne Freiheitsentzug für leichte Vergehen einzuführen. Dies könnte auch die Lösung zur Entlastung der ghanaischen Gefängnisse sein.

Viele der 46 Haftanstalten des Landes sind stark überfüllt. Die Zahl der Insassen ist gestiegen, die Infrastruktur wurde aber nicht verbessert. Daher sind viele Gefängnisse heruntergekommen, und die Gefangenen leben unter inakzeptablen Bedingungen.

Auch Häftlinge haben Menschenrechte. Die ghanaischen Gefängnisse sind in so schlechtem Zustand, dass sogar die Gesundheit vieler Insassen gefährdet ist. Außerdem fehlt es an Bildungs- und Berufsbildungsprogrammen, die den Gefangenen nach ihrer Entlassung helfen, sich wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Es werden immer mehr Forderungen nach raschen Maßnahmen laut, um das Problem anzugehen und sicherzustellen, dass die Gefangenen mit Würde und Respekt behandelt werden.

Organisationen wie die Crime Check Foundation und Amnesty International Ghana haben die Regierung wiederholt aufgefordert, ihr Strafrechtssystem zu reformieren, um die Zahl der Inhaftierungen zu verringern und die Bedingungen für die Insassen zu verbessern. Nach Angaben der ghanaischen Strafvollzugsbehörde ist die Zahl der Gefangenen in Ghana von 10 265 auf 15 208 gestiegen. Von diesen Gefangenen sind 1494 Ausländer.

Ibrahim Oppong Kwarteng von der Crime Check Foundation ist außerordentlicher Botschafter der ghanaischen Gefängnisse. Er fordert die Regierung auf, das Strafrecht des Landes zu reformieren. „Ghanas Ruf als Verfechter der Menschenrechte und als leuchtendes Beispiel für Demokratie in Afrika könnte durch Mängel im Strafgesetz, das aus 1960 stammt, beschädigt werden“, sagt er und verweist darauf, dass es an Gesetzen fehlt, um mildere Strafen ohne Freiheitsentzug zu verhängen.

Aktivisten fordern auch, dass ehemalige Strafgefangene mehr Unterstützung und Ressourcen erhalten sollen, die ihnen bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft helfen können. Dies würde die Wahrscheinlichkeit eines Rückfalls in die Kriminalität verringern, was die Gesellschaft für alle sicherer und gerechter macht.

Kürzlich hat die ghanaische Regierung auf diese Forderung reagiert und brachte im Parlament ein Gesetz über die Verhängung von Strafen ohne Freiheitsentzug ein. Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, alternative Bestrafungen für geringfügige Vergehen einzuführen und damit auch die Zahl der Gefängnisinsassen zu verringern. Wenn das Gesetz verabschiedet wird, können Straftäter zum Beispiel gemeinnützige Arbeit leisten, anstatt ins Gefängnis zu gehen.

Robbin Kwesi Asamoah Fenning, ein stellvertretender Direktor des Gefängnisses, befürwortet das neue Gesetz. Bei einer Abschlussfeier für 43 Insassen des Hochsicherheitsgefängnisses Ankaful in der Zentralregion äußerte er die Hoffnung, dass der Gesetzentwurf nicht versanden möge. Er forderte die Regierung auf, das Gesetz schleunigst zu verabschieden.

Die Überbelegung ist nicht das einzige Problem in den Gefängnissen Ghanas. Hinzu kommen fehlende Finanzierung, zu wenig Räume und Personal sowie eine mangelnde Personalentwicklung für Gefängnisangestellte. Dies macht die Rehabilitierung von Straftätern schwieriger.



DASMANI LAARY
ist Journalist in Ghana.

laarygna@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

64. Jg. 2023

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 29.08.2023 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,
Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1

D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),
Jörg Döbereiner (JD), Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf

(DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media)

Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Sseguija Ssekandi
(Kolumne Heutzutage), Jan Walter Hofmann (Layout),

Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4-6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).





Kultur-Spezial

Wie in jedem Sommer stellt die E+Z/D+C-Redaktion Bücher und Filme vor, die uns gut gefallen und die wir empfehlen möchten. Die Werke haben einen entwicklungspolitischen Bezug, und wir würden uns freuen, wenn sie eine Anregung zum Lesen oder Anschauen geben. Dieses Jahr verteilen wir unser Kultur-Spezial auf zwei Digitale Monatsausgaben – im August und September.



**Demonstration 1969
in Frankfurt am Main.**

MIGRATION

Individuelle Emanzipation und gesellschaftlicher Wandel

Nassir Djafaris Roman „Mahtab“ berichtet von einer iranischen Migrantin, die sich im Frankfurt der späten Sechzigerjahre zunehmend gut zurechtfindet. Eine Stärke des Buchs ist, dass es nicht nur die individuelle Entwicklung der Protagonistin beschreibt, sondern nebenbei auch andeutet, wie sehr sich die Mainmetropole in diesen Jahren veränderte.

Von Hans Dembowski

Mahtab ist eine Frau aus dem Iran, die als Krankenschwester arbeitet. Seit etwa einem Jahrzehnt lebt sie mit Mann und Kindern in Deutschland. Ihr Ehepartner Amin betreibt mit großen Hoffnungen, aber mäßigem Erfolg einen kleinen Laden. Sie ist Ende 30. Der jüngste Sohn ist in Frankfurt geboren, die Tochter und der ältere Sohn kamen noch in der alten Heimat zur Welt.

Mahtab konzentriert sich ganz auf die Familie. Nach Schichtende eilt sie nach Hause, um sich um die Kinder zu kümmern. Sie hält Distanz zu ihren Kolleginnen, die sich sehr für ihr Aussehen zu interessieren scheinen und dafür, wie sie auf Männer wirken.

Ihre Familienmitglieder lassen sich stärker auf die Außenwelt ein als Mahtab. Amin hört Kurzwellenradio und verfolgt, was unter dem Schah im Iran, aber auch in anderen Ländern der sogenannten Dritten

Welt passiert. Er flirtet gern mit deutschen Frauen, was Mahtab ärgert. Die hartnäckige Aufmerksamkeit, die ihr ein Arzt im Krankenhaus schenkt, findet sie befremdlich, wenn auch zugleich faszinierend.

Die Kinder besuchen deutsche Schulen und orientieren sich an ihrer jeweiligen Altersgruppe. Azadeh, die 21-jährige Tochter, ist besonders eigensinnig und nimmt sich mehr Freiheiten, als der Mutter angebracht scheinen. Die Eltern legen Wert auf Bildung, damit der Nachwuchs es einmal besser haben wird.

Im ersten von 27 Kapiteln stecken die Eltern in einem Stau fest, den eine Demonstration gegen den Vietnamkrieg ausgelöst hat. Überrascht entdeckt Mahtab ihre Tochter, begleitet von einem jungen Mann, in der Menge. Daraufhin verbietet die Mutter Azadeh, allein auszugehen, muss aber bald feststellen, dass sie das Leben der jungen Frau nicht mehr kontrollieren kann.

Mahtab missfällt Azadehs Minirock, aber ihr ist nicht klar, dass es vielen deutschen Müttern ebenso geht. Als Außenseiterin merkt sie nicht, wie sehr sich die deutsche Gesellschaft verändert, in der sie sich zurechtfinden muss. Djafaris Roman durchzieht jedoch lauter kleine Andeutungen auf den Wandel Frankfurts in den 1960er-Jahren.

Damals wurde die U-Bahn gebaut, so dass ständig weite Teile der Innenstadt ge-

sperrt waren. Die Konsumgesellschaft blühte auf, die Leute kauften Waschmaschinen, Fernseher und Autos. Die Antibabypille änderte die Sexualmoral, und außereheliche Beziehungen waren nicht mehr so skandalös wie zuvor. Jugendliche wurden rebellisch. Sie protestierten gegen den Vietnamkrieg und andere Eingriffe westlicher Regierungen in die Politik ehemaliger oder noch bestehender Kolonien, wobei sie die Gewalt Herrschaft dort mit der Nazivergangenheit verglichen. Selbstverständlich änderte auch die Migration Frankfurt, denn die Stadt wurde zur multikulturellen Metropole.

Mahtab denkt über all das nicht nach. Sie hat viele andere Sorgen. Als ihr Mann offenbar eine Affäre mit einer Mitarbeiterin beginnt, beschließt sie, mit den Kindern die gemeinsame Wohnung zu verlassen. Sie flieht zu einer älteren Bekannten, die sie zuvor im Krankenhaus als Patientin versorgt hat. Azadeh nutzt das Chaos, um zu ihrem Freund zu ziehen. Mahtab denkt, sie ist bei Amin, der sie wiederum bei Mahtab wohnt. Die Wiedervereinigung der Familie beginnt mit der Suche nach der Tochter.

Unter dem Einfluss der älteren Freundin ist Mahtab inzwischen selbstständiger geworden. Sie hat nun ein eigenes Bankkonto und nimmt Schwimmunterricht. Bei ihrem ersten Besuch im städtischen Schwimmbad, zu dem sie die Freundin überredet hatte, fühlte sie sich im neuen Badeanzug noch peinlich nackt. Die Migrantin findet sich in Frankfurt zunehmend gut zurecht und sieht sich nicht mehr so stark an die strengen Geschlechterrollen ihrer Kindheit gebunden.

Nassir Djafari kam im Alter von vier Jahren mit seiner Familie aus dem Iran nach Deutschland. Als Ökonom arbeitete er lange für die KfW Entwicklungsbank. Er hat mehrere Fachbeiträge für E+Z/D+C verfasst. Mahtab ist sein zweiter Roman. Der erste behandelte eine Vater-Sohn-Beziehung in der Krise (siehe nächste Seite).

BUCH

Djafari, N., 2022: *Mahtab*. Bremen, Sujet Verlag.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z**
Entwicklung und
Zusammenarbeit / **D+C**
Development and

Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

ROMAN

Eine Vater-Sohn-Beziehung in der Krise

Nassir Djafari erzählt in seinem Debütroman „Eine Woche, ein Leben“ von der Beziehung zwischen Timm und seinem Vater Hamid – und einer Reise nach Peru.

Von Maren van Treel

Was tun, wenn der Sohn sein Zimmer nur noch selten verlässt? In Nassir Djafaris Debütroman „Eine Woche, ein Leben“ weiß Timms Vater Hamid bald nicht mehr weiter. Vorsichtig gelingt es ihm, wieder mit seinem Sohn ins Gespräch zu kommen. Dann schlägt der Vater eine Reise nach Peru vor. Dabei wird klar, dass nicht nur der Sohn in seinem Leben die Orientierung verloren hat.

Die Reise nach Peru verschiebt die Verhältnisse grundlegend: Statt durch eine verschlossene Zimmertür getrennt zu sein, teilen sich Vater und Sohn nun Hotelzimmer. Die Rollen der beiden vertauschen sich durch ein unerwartetes Ereignis, und der Sohn, der zu Beginn ein Rätsel war, stellt seinen Charakter beeindruckend unter Beweis. In der kurzen Zeit in Peru tritt ein Leben zu Tage, das zuvor nur schemenhaft bekannt war: die Vergangenheit des Vaters in Peru.

Während der erste Teil in Frankfurt am Main spielt und aus Hamids Perspektive erzählt wird, sieht man Peru im zweiten Teil durch Timms Augen: Es mischt sich der unbedarfte Blick eines jungen Mannes, der kaum etwas über das Land weiß, hier und da mit Informationen und sozialkritischen Analysen, die sein Vater und dessen Freunde ihm vortragen. Rassismus, Korruption und Armut sind nur einige der Themen, die zur Sprache kommen. Aber auch schöne Seiten Perus werden erzählt. Insgesamt entsteht ein glaubwürdiges Bild. Dabei bildet Timm sich immer öfter auch selbst ein kritisches Urteil über seine Umgebung.

Der Konflikt zwischen Vater und Sohn besteht unter anderem darin, dass der Vater bestimmte Ansprüche an den Lebensweg und die Leistung des Sohnes hat, denen dieser aber nicht immer gerecht werden kann

oder will. Der Sohn sehnt sich zwar nach der Anerkennung des Vaters, hat aber auch andere Sorgen. Die iranischen Wurzeln der beiden spielen bei alledem auch eine Rolle.

letzt nicht erschließen, macht der zweite Teil das mehr als wett. Beide Teile sind in hohem Tempo und kurzen Kapiteln erzählt, was die Spannung aufrechterhält. Die Geschichte nimmt bis zuletzt Wendungen und geht unerwartet und sehr bewegend zu Ende.

Nassir Djafari ist ein vielschichtiger, lesenswerter Roman gelungen, in dem neben der Vater-Sohn-Beziehung auch die großen Themen Herkunft, Identität und Zugehörigkeit eine Rolle spielen. Es bleibt den Leser*innen überlassen, zu beurteilen, wie sehr Vater und Sohn einander wirklich se-



Cusco ist eine der Stationen auf der Reise von Timm und seinem Vater Hamid durch Peru.

Der Roman belehrt dabei nicht, er gibt sich nicht aus als Gebrauchsanweisung für eine gelingende Vater-Sohn-Beziehung. Stattdessen zeichnet er einfühlsam einen fürsorglichen, aber auch strengen, karriereorientierten Vater und seinen Sohn, die beide mit ihren Stärken und Schwächen glaubwürdig sind, und erzählt ihre gemeinsame Geschichte.

Während sich einige wenige Erzählstränge und Handlungen aus dem ersten Teil zu verlieren scheinen oder sich bis zu-

hen und verstehen und ob sie sich am Ende wieder nähergekommen sind.

BUCH

Djafari, N., 2020: *Eine Woche, ein Leben*. Bremen, Sujet Verlag.



MAREN VAN TREEL
ist Social-Media-Redakteurin
bei E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu



Tsitsi Dangarembga im September 2022 vor Gericht in Harare.

FEMINISMUS

Mädchenschicksal in Simbabwe

So wie die Heldin in ihrem Roman „Aufbrechen“ beschritt Tsitsi Dangarembga neue Wege in Simbabwe – als Schriftstellerin, Freiheitsaktivistin und Feministin. Von den Machthabern in ihrer Heimat verfolgt, wird die 64-Jährige in Deutschland geschätzt und geehrt.

Von Sabine Balk

Tsitsi Dangarembga ist eine mutige Frau. Sie lässt sich nicht vom immer repressiven Auftreten des Regimes in Simbabwe einschüchtern. Für ihr Recht auf Meinungsfreiheit ging sie sogar ins Gefängnis – nach einer eigentlich harmlosen Aktion.

Sie hatte im Juli 2020 zusammen mit der Journalistin Julie Barnes in der Hauptstadt Harare ein Schild mit der Aufschrift „We want better. Reform our institutions“ hochgehalten. Daraufhin wurde sie verhaftet, wegen öffentlicher Anstiftung zu Gewalt angeklagt und Ende September 2022 mit Barnes zu einem halben Jahr Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe verurteilt. Der internationale Aufschrei war groß. Das von zahlreichen Fehlern und Verzögerungen geprägte Verfahren wurde als „Schauprozess“ beschrieben. Immerhin konnten die beiden Frauen in zweiter Instanz Anfang Mai 2023 einen Freispruch vor dem Obersten Gerichtshof erwirken.

Dass die Autorin ihren eigenen Kopf hat und sich nicht mit der ihr zugewiesenen Rolle als untergeordnete Frau abfinden wollte, spiegelt sich auch in ihrem Werk. Sie ist die erste Schriftstellerin Simbawes, die einen Roman geschrieben hat. Besonders beachtenswert ist die Trilogie um die heranwachsende Tambudzai, genannt Tambu, die autobiografische Züge hat. Dafür erhielt Dangarembga 2021 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels und wurde einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

Der 1988 unter dem Titel „Nervous Conditions“ („Aufbrechen“ in der deutschen Ausgabe) erschienene erste Band der Trilogie beschreibt das Schicksal der jungen Tambu im Simbabwe der späten 1960er-Jahre. Tambu lebt in ärmlichen Verhältnissen auf einer Farm im damaligen Rhodesien. Der Vater ist ein fauler Taugenichts, die Mutter eine ungebildete, hart arbeitende Frau. Wenigstens eines ihrer Kinder soll eine gute Ausbildung erhalten, um später die Familie finanziell unterstützen zu können. Vorbild und Gönner ist Tambus Onkel Babamukuru. Er konnte in England studieren und repräsentiert die erste Generation der christlich-afrikanischen Elite.

Zu ihm schaut die ganze Familie auf. Er nimmt Tambus verhassten älteren Bruder zu sich, der die Missionsschule besuchen darf, deren Direktor Babamukuru ist. Dass

der Bruder einige Monate später unerwartet an einer Krankheit verstirbt, ist Tambus Chance. Babamukuru erkennt ihr Potenzial und will, dass sie die Rolle des Bruders einnimmt und eine gute Schulbildung erhält. Trotz vieler Hindernisse – Hautfarbe, Klasse, Geschlecht – hat Tambu große Ambitionen und nutzt ihre Möglichkeiten.

Dangarembga lässt ihre Leser*innen an Tambus Gedanken und Gefühlen teilhaben und stellt die afrikanische Lebenswirklichkeit anschaulich dar. Sie beschreibt zum Beispiel, wie Tambu bei einem großen Fest, das ihre Familie zu Ehren Babamukurus gibt, eine Wasserschüssel tragen musste. Das war eine wichtige Aufgabe, denn die Hände wurden nach einer bestimmten hierarchischen Abfolge gewaschen: Männer vor Frauen und Alte vor Jungen.

Die Hierarchien zwischen Männern und Frauen, Kindern und Erwachsenen werden hier ebenso deutlich wie Tambus Abneigung gegen Traditionen und die ihr zugeordnete Rolle. Tambus Schicksal ist dabei durch doppelte Unterdrückung gekennzeichnet: durch die patriarchalen Strukturen ihrer Familie ebenso wie durch die koloniale Dominanz der Weißen.

Die Jury für den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels begründet, warum das Buch auch für deutsche Leser Signalwirkung hat: „In ihrer Romantrilogie beschreibt Tsitsi Dangarembga am Beispiel einer heranwachsenden Frau den Kampf um das Recht auf ein menschenwürdiges Leben und weibliche Selbstbestimmung in Simbabwe. Dabei zeigt sie soziale und moralische Konflikte auf, die weit über den regionalen Bezug hinausgehen und Resonanzräume für globale Gerechtigkeitsfragen eröffnen.“

BÜCHER: TAMBUDZAI-TRILOGIE

Band 1: Aufbrechen, Orlanda Verlag, Berlin 2019. (Nervous Conditions, Faber & Faber, London 2021)

Band 2: Verleugnen, Orlanda Verlag, Berlin 2022. (The Book of Not, Faber & Faber, London 2021)

Band 3: Überleben, Orlanda Verlag, Berlin 2021. (This Mournable Body, Faber & Faber, London 2020.)



SABINE BALK

war mehrere Jahre Redakteurin bei E+Z/D+C und arbeitet derzeit freiberuflich für uns.
euz.editor@dandc.eu

HBO-MINISERIE

Der Preis der Lüge

Die Miniserie „Chernobyl“ dreht sich um den schlimmsten atomaren Unfall der Welt. Der amerikanische Sender HBO zeigt in fünf Folgen, wie es zur Kernschmelze kommen konnte.

Von Mustafa Shrestha

Am 26. April 1986 geriet Reaktor 4 des Atomkraftwerks Tschernobyl außer Kontrolle. 37 Jahre nach dem Unglück ist das Areal um die gleichnamige Stadt im Norden der heutigen Ukraine noch immer unbewohnbar. Das wird sich auf absehbare Zeit auch nicht ändern, denn die Sperrzone um das ehemalige Kernkraftwerk gilt laut Greenpeace für Jahrtausende als radioaktiv verseucht.

Im Geschichtsdrama „Chernobyl“ suchen der Chemiker Valery Legasov, gespielt von Jared Harris, und die Atomphysikerin Ulana Khomyuk (Emily Watson) unmittelbar nach dem Unglück nach seiner Ursache. Die Wissenschaftler*innen beißen sich an sowjetischen Funktionären die Zähne aus. Diese verharmlosen den Unfall und zeigen kein Interesse an dessen Aufklärung. Boris Scherbina, gespielt von Stellan Skarsgård, ist ihr einziger Verbündeter. Der Politiker kennt sich im Staatsapparat aus. Mit seiner Hilfe manövriert sich das Duo durch das sowjetische System.

Die Serie verzichtet auf spektakuläre Spezialeffekte für die Reaktorexpllosion. Die Zuschauer*innen erleben die Katastrophe aus der Perspektive der Menschen vor Ort. Das bedeutet, dass von der Katastrophe zunächst nur ein lauter Knall zu hören ist. Das Publikum sieht und hört also nicht mehr als die Figuren – das Ausmaß dessen, was eigentlich geschehen ist, zeigt sich erst in der letzten Folge, als der Hergang bei einer Gerichtsverhandlung aufgearbeitet wird.

Dass der Ausgang der Geschichte den Zuschauer*innen bekannt ist, schadet der Spannung der Serie nicht. Die erste Folge erinnert an einen dystopischen Thriller: Familien versammeln sich vor ihren Häusern in Tschernobyl und bestaunen die farbigen Lichter, die durch einen Brand im Atomkraftwerk am Nachthimmel erstrahlen. Kin-

der spielen in radioaktiver Asche, die sie für Schnee halten. Sie ahnen nicht, dass sie lebensgefährlicher Strahlung ausgesetzt sind. Mit dem heutigen Vorwissen sind solche Momente schwer mit anzusehen.

„CHERNOBYL“ SUCHT KEINEN SCHULDIGEN

Die Serie präsentiert keinen Schuldigen für die Katastrophe, obwohl sich einer anbieten würde. In der ersten Folge schikaniert der cholerische Anatoly Dyatlov, gespielt von Paul Ritter, seine Kollegen im angespannten Kontrollraum des Kernkraftwerks. Als leitender Ingenieur will er den Unfall nicht wahrhaben, obwohl er Grafit auf dem Boden liegen sieht – ein eindeutiges Indiz für die Explosion. Der echte Dyatlov saß für die Missachtung der geltenden Sicherheitsprotokolle im Gefängnis. Die Serie charakterisiert ihn jedoch als Sündenbock. Die staatlichen Vertuschungsversuche um einen Konstruktionsfehler im Reaktor seien der eigentliche Grund für den Unfall.

Tschernobyl beeinflusste die Debatte um Kernenergie nachhaltig. Die Anti-Atomkraft-Bewegung gab es zwar schon vorher, doch der Unfall weckte das kritische Bewusstsein für die Gefahren der Technologie auch in der breiten Bevölkerung vieler Industriestaaten.

„Chernobyl“ sei allerdings weder ausdrücklich antikommunistisch noch als Plädoyer gegen Atomkraft gemeint, betont Drehbuchautor Craig Mazin in einem Interview mit dem Slate Magazine. Er wolle mit „Chernobyl“ vielmehr vor den Gefahren der Desinformation warnen. Protagonist Valery Legasov beginnt und beendet die Geschichte deshalb mit der Frage: „Was ist der Preis der Lüge?“

Mazin ist für die „Hangover“-Komödien bekannt. Nicht viele dürften ihm eine Geschichte wie „Chernobyl“ zugetraut haben.

HBO wurde für das Vertrauen in den Autor belohnt. „Chernobyl“ verzeichnete kurze Zeit nach Serienstart die besten Bewertungen auf der Internet-Filmdatenbank IMDB. Zudem gewann die Serie zahlreiche Fernsehpreise für den Sender.

Angesichts der anhaltenden Atomdebatte in vielen Ländern und der zunehmenden Desinformationskampagnen im Internet sind die Themen von „Chernobyl“ auch Jahrzehnte nach dem Reaktorunglück noch immer hochaktuell.

SERIE

„Chernobyl“, 2019, Vereinigte Staaten und Vereinigtes Königreich, Regisseur: Johan Renck.



MUSTAFA SHRESTHA ist Student für Online-Journalismus an der Hochschule Darmstadt. Er hat diesen Text im Rahmen

seines Praktikums bei E+Z/D+C verfasst.
euz.editor@dandc.eu



Sperrzone um das Atomkraftwerk Tschernobyl.



Feministische Ideen werden oft in persönlichen Gesprächen weitergegeben.

UGANDA

Feminismus mit vielen Facetten

In ihrem Buch „Die erste Frau“ setzt die ugandische Schriftstellerin Jennifer Nansubuga Makumbi dem westlich geprägten Feminismus indigene Formen eines ugandischen Feminismus entgegen.

Von Dagmar Wolf

Kirabo, die Protagonistin des 2020 erstmals unter dem Titel „The First Woman“ erschienenen Romans, wächst im Uganda der 1970er-Jahre wohlbehütet im Haus ihrer Großeltern auf dem Dorf auf. Ihre Mutter hat Kirabo nie kennengelernt, ihr Vater lebt mit seiner neuen Frau und zwei Kindern in Kampala.

Als Jugendliche zieht Kirabo zu ihrem Vater in die ugandische Hauptstadt. Ihr Leben, bis dahin geprägt in einer dörflichen Mittelschicht, verändert sich schlagartig. Sie sieht sich mit einer beinahe westlich geprägten städtischen Lebensweise konfrontiert. Später besucht sie dank eines Stipendiums ein Mädcheninternat, in dem die Betreuerinnen alles daransetzen, die Mädchen auf ein bedeutungsvolles Leben für sich selbst und für das Land vorzubereiten.

Der Entwicklungsroman ist spannend zu lesen, besticht aber weniger durch seine Handlung als vielmehr durch seine Tiefe und Vielschichtigkeit, die durch unterschiedliche Figuren, Zeiten und Schauplätze zum Ausdruck kommen.

Ein Kernthema des Romans ist die Rolle der Frau in der patriarchalisch geprägten ugandischen Gesellschaft. An Kirabos Seite stehen stets starke, wenn auch völlig unterschiedliche Frauen, die Kirabos Entwicklung beeinflussen. Anhand dieser Frauen erzählt Makumbi die Geschichte des ugandischen Feminismus, auf Luganda „mwenkanonkano“ genannt. Es ist eine Geschichte des täglichen Kampfs der Frauen Ugandas gegen Unterdrückung aller Art.

Auch Kirabo hadert mit ihrer gesellschaftlichen Rolle. Trotz der Liebe, die sie durch ihre Großeltern und die ganze Dorfgemeinschaft erfährt, ist sie auf der Suche nach ihrer Mutter. Als sie 12 Jahre alt ist, beschreibt sie das Gefühl, dass zwei Seelen in ihr wohnen. Sie fragt sich, ob sie eine Hexe sei, ob ihre Mutter sie vielleicht deshalb verlassen habe. In der Hoffnung auf eine Antwort sucht sie die allein lebende Nsuuta auf, die von ihrer Großmutter als Hexe bezeichnet wird. Kirabo erzählt ihr, dass sie manchmal das Gefühl hat, aus ihrem Körper herauszufliegen, besonders wenn man ihr etwas verbietet, weil sie ein Mädchen ist. Sie will es dann erst recht tun.

Manchmal hasst sie es, eine Frau zu sein, und fühlt sich in ihrem Körper eingezwängt. „Und dann fliegt eine von mir raus“, sagt Kirabo. Nsuuta erklärt, dass sie aus ihrem Körper fliege, weil der Urzustand in ihr

drin sei. Sie nennt ihn „die erste Frau“. „Wir waren groß, stark, kühn, laut, stolz, mutig, unabhängig“, sagt Nsuuta. Aber Frauen in ihrem ursprünglichen Zustand wurden von der Gesellschaft abgelehnt und seit Jahrhunderten unterdrückt. Der Urzustand wurde aus den Frauen herausgezüchtet, erklärt Nsuuta.

Die Frauen um Kirabo gehen ganz unterschiedlich mit ihrer Situation um. Jede findet ihren eigenen Weg, das Patriarchat zu unterwandern und im vorhandenen System zu (über)leben. Makumbi zeigt, wie alle auf ihre Art Feministinnen sind. Allerdings macht die Autorin ebenso deutlich, dass auch Männer nicht ohne Weiteres aus dem System und der ihnen zugewiesenen Rolle ausbrechen können, selbst wenn sie es wollen.

Makumbis Roman spielt größtenteils im Uganda der 1970er- und 80er-Jahre, als durch die Aufmerksamkeit für die Weltfrauenkonferenz in Mexiko Vorstellungen des in reichen Ländern geprägten Feminismus nach Afrika gelangen. Allerdings kommen die nur bei der englischsprachigen städtischen Mittelschicht an, nicht aber in ländlichen Gegenden oder ärmeren Bevölkerungsteilen.

Die dominanten Ideen dieses Feminismus entsprechen nicht der Lebenswelt der meisten ugandischen Frauen. Dennoch sind feministische Ideen bereits in ihren eigenen indigenen Traditionen und Geschichten verwurzelt. Sie äußern sich jedoch nicht in Kundgebungen und Demonstrationen, sondern werden durch mündliche Überlieferungen, Geschichten und Legenden innerhalb der Gemeinschaften von Generation zu Generation weitergegeben.

Makumbi betont in ihrem Roman, dass Frauen nicht überall auf der Welt gleich unterdrückt werden. Vielmehr ist Unterdrückung kulturspezifisch. Daher kann auch Feminismus nicht in allen Ländern und Kulturen das Gleiche bedeuten und muss sich notwendigerweise unterschiedlich ausdrücken.

BUCH

Makumbi, J. N., 2022: Die erste Frau. Berlin, InterKontinental Verlag



DAGMAR WOLF
ist Redaktionsassistentin von
E+Z/D+G.

euz.editor@dandc.eu



Proteste in Nairobi.

GOVERNANCE

Leere Töpfe

In Kenia gab es in den vergangenen Monaten Proteste gegen den drastischen Anstieg der Lebenshaltungskosten und Steuererhöhungen. Dreißig Menschen starben bereits, und die Wirtschaft nimmt weiter Schaden.

Von Isaac Sagala

Die weltweite Inflation, angetrieben vom Ukrainekrieg und einer sich nur langsam von der Covid-19-Pandemie erholenden Wirtschaft, lässt die Preise in Kenia explodieren. Hinzu kommt, dass die Regierung die Subventionen für Güter wie Benzin oder die Grundnahrungsmittelbasis Maismehl gekürzt hat.

Gleichzeitig erhöht sie Steuern auf Einkommen oder Wohnraum, um im Inland Geld einzunehmen und Kenias Auslandsschuldenkrise zu bewältigen, die vor allem durch immense Schulden gegenüber China und anderen internationalen Akteuren, etwa dem IWF, ausgelöst wurde.

Kenia ist zwar das wirtschaftliche Aushängeschild Ostafrikas, aber dennoch leben viele Menschen dort an der Armutsgrenze. Sie fragen sich nun, wie sie am nächsten Tag etwas zu essen auf den Tisch bringen sollen – und sie sind wütend.

Die Proteste begannen bereits im März dieses Jahres in der Hauptstadt Nairobi und anderen Städten wie Kisumu und Mombasa. Sie wurden von der Opposition unter der

Führung von Raila Odinga organisiert, der die Wahl von Präsident William Ruto im vergangenen Jahr angefochten hatte. Ein Gericht entschied, dass Rutos Sieg rechtmäßig war.

Odinga wirft dem Präsidenten jedoch immer noch vor, zu lügen. Während des Wahlkampfes hatte Ruto versprochen, die Lebenshaltungskosten innerhalb von hundert Tagen nach seinem Amtsantritt im vergangenen September zu senken. Die Anschuldigungen fallen im ganzen Land auf fruchtbaren Boden.

Zunächst fanden die Proteste einmal pro Woche statt, dann dreimal, jeweils mittwochs bis freitags. Die Opposition rief ihre Anhänger*innen auf, leere Töpfe auf dem Kopf zu tragen und mit Kochlöffeln auf sie zu schlagen – die offensichtliche Geste wurde symbolisch. Ein Marsch zum State House, dem Sitz des Präsidenten, wurde von der Polizei vereitelt.

Die Proteste waren zudem von dramatischen Verfolgungsjagden geprägt, bei denen die Polizei hochrangige Vertreter der Opposition verhaftete. Die meisten Demonstrant*innen waren zu Fuß unterwegs und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei, bei denen es auf beiden Seiten zu Verletzungen kam.

Zivilgesellschaft und Opposition werfen der Polizei vor, mit brutaler Gewalt vorzugehen. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Amnesty International

sind 30 Menschen getötet worden. Dutzende trugen Schusswunden und Verletzungen durch Tränengas und Polizeiknüppel davon. Insgesamt wurden Hunderte verhaftet.

Gleichzeitig leidet die Wirtschaft, da Geschäfte aus Angst vor Gewalt, Plünderungen und Zerstörung immer wieder geschlossen blieben. Die Kenya Private Sector Alliance schätzt die täglichen Verluste an den Protesttagen auf fast 19 Millionen Euro.

Religiöse Führer*innen und westliche Diplomat*innen riefen die Regierung zu Gesprächen mit der Opposition auf. Die Botschaften Australiens, Dänemarks, Deutschlands, Schwedens, Kanadas, Irlands, Norwegens, der Schweiz, der USA, der Niederlande und der Ukraine sowie des Vereinigten Königreichs äußerten sich besorgt über den Verlust von Menschenleben, die Gewalt und die Zerstörung von Eigentum.

Regierung und Opposition haben inzwischen Gespräche aufgenommen. Präsident und Oppositionsführer vereinbarten, unter Vermittlung des ehemaligen nigerianischen Präsidenten Olusegun Obasanjo getrennte Dialogteams zu bilden. Bislang konnten die Unterhändler – fünf von jeder Seite – jedoch noch keine Einigung erzielen. Beide Seiten bleiben optimistisch, eine Lösung zu finden.

Ende Juli stellte die Opposition die Proteste ein. Stattdessen wurden in allen Teilen des Landes „Solidaritätsparaden und Mahnwachen für die Opfer der Polizeigewalt“ organisiert.

Kenianer*innen äußern gemischte Gefühle über den laufenden Dialog. Paul Wekesa aus Nairobi sagt: „Sobald ein Dialog stattfindet, weiß man, dass es nicht mehr um die Bürger geht. Wir haben es schon einmal erlebt: Politiker wollen das diskutieren, was ihren eigenen Interessen dient.“

Der öffentliche Pessimismus wurde Ende August verstärkt, als der stellvertretende Präsident Rigathi Gachagua die laufenden Gespräche mit den Worten quittierte, sie würden nichts bringen. Auch Odinga deutete einen Taktikwechsel an, sollten die Gespräche scheitern, und sagte, er werde seine Anhänger*innen erneut zu Protesten und Streiks aufrufen.



ISAAC SAGALA
ist Journalist und Radiotrainer.
Er lebt in Nairobi.

bwanasagala@gmail.com



Wladimir Putin trifft den malischen Interimspräsidenten Assimi Goïta während des Gipfels.

PRESSESCHAU

Afrikanische Pressestimmen zum Russland-Afrika-Gipfel

Am 27. und 28. Juli 2023 fand in Sankt Petersburg der zweite Russland-Afrika-Gipfel statt. Der russische Krieg gegen die Ukraine, der die Inflation und damit auch Lebensmittel- und Ölpreise weltweit in die Höhe getrieben hat, überschattete das Treffen. Vor allem in den afrikanischen Ländern verschärfte sich die Lage, als Russland nur eine Woche vor dem Gipfel das Schwarzmeer-Getreideabkommen aufkündigte. Die von den UN ausgehandelte Vereinbarung ermöglichte es ukrainischen Lebensmittelexporten, internationale Märkte zu erreichen. Am ersten Gipfel im Jahr 2019 nahmen 43 Staatschefs teil. Jetzt waren es nur noch 17. Hier sind die Schlagzeilen – und Auszüge – ausgewählter Berichte afrikanischer Medien und von BBC News Swahili über den Gipfel. Wir zitieren die Websites.

Von D+C/E+Z

WARUM WIR ARMUTSPOLITIK MACHEN

(...) Die wenigen afrikanischen Staats- und Regierungschefs, die an der Konferenz teil-

nahmen, waren in guter Form und hielten mitreißende Reden darüber, warum Afrika immer noch ein weitgehend armer Kontinent ist. Sie sprachen viele der Gründe an: dunkle globale Kräfte, die Afrika ausbeuten, die verheerenden Folgen von fast 400 Jahren Versklavung, die Zerrüttung und Ausplünderung durch fast 100 Jahre Kolonialismus und das manipulierte internationale System, das nach der Unabhängigkeit folgte.

Nur der Militärführer von Burkina Faso, Captain Ibrahim Traoré, der erst vor kurzem auf der Bildfläche erschienen ist, ging auf die internen Gründe für Afrikas miserablen Zustand ein. Er wies auf den immensen Reichtum des Kontinents hin, machte die afrikanischen Führer der Vergangenheit für ihre Fehler verantwortlich und prangerte ihre „Bettlermentalität“ an.

Captain Traoré scheint jedoch die Art von Herrscher zu sein, die Wasser predigt und Wein trinkt. Er hat zwar richtig bemerkt, dass es ein beschämendes Schauspiel war, Russland anzuflehen, zu seinem Getreidevertrag mit der Ukraine zurückzukehren (in die es vor über einem Jahr einmarschiert

ist) und die Nahrungsmittel- und Düngemittelausfuhren nach Afrika wieder in Gang zu bringen, aber seine Handlungen lassen vermuten, dass er im Grunde seines Herzens ganz woanders ist.

Er besuchte keine Düngemittel- oder Traktorfabrik in Russland. Stattdessen waren er und seine Delegation besonders begeistert von einer Waffenausstellung, die die Russen veranstaltet hatten. Das ist ein Teil des Problems. Die Menschen essen keine Waffen. Afrika hat zu viele Waffen, aber zu wenig Traktoren, Bewässerungsanlagen, Saatgutfabriken, Düngemittelfabriken und Lebensmittelsilos. (...)

Charles Onyango-Obbo, Nation, Kenia
<https://nation.africa/kenya/blogs-opinion/opinion/why-we-do-politics-of-poverty-4324268>

KANN MAN AFRIKA VORWERFEN, DASS ES SICH FÜR SEINE INTERESSEN EINSETZT?

(...) Im westlichen Diskurs werden Afrikaner als große Kinder gesehen, die nur ihren Nahrungsinstinkten gehorchen, wenn es nicht darum geht, sich mit russischen Waffen auszustatten, um sich gegenseitig zu erschießen. Auch wenn Afrikaner nicht über Kritik erhaben sind (...) kann man ihnen wirklich vorwerfen, dass sie sich für ihre Interessen einsetzen? Die Antwort auf diese Frage ist sicherlich nein. Und das mit gutem Grund. Hat nicht General Charles de Gaulle gesagt: „Staaten haben keine Freunde, sie haben nur Interessen“? Genau diese bekannte Maxime ist die Richtschnur für internationale Beziehungen. (...)

Afrika braucht sich also angesichts der westlichen Anschuldigungen nicht zu schämen. Im Gegenteil, es sollte die Verantwortung für seine Entscheidungen übernehmen, die von den Erfordernissen des Augenblicks diktiert werden. (...) Der Wettbewerb zwischen den Großmächten in Afrika, der auf ihren wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen beruht, sollte dem Kontinent eine breite Palette von Wahlmöglichkeiten bei den ihm angebotenen Partnerschaften bieten und ihn gleichzeitig von den westlichen Auflagen befreien, die häufig mit internationaler Hilfe einhergehen. (...)

Abgesehen von den Entscheidungen, die zwischen den Partnern auf Grundlage von Interessen zu treffen sind, ist dies eine Gelegenheit für Afrika, die Frage nach seinem Platz in den internationalen Bezie-

hungen zu stellen. Oftmals darauf reduziert, sich den Positionen der Großmächte anzuschließen, hat Afrika kein wirkliches Mitspracherecht bei Entscheidungen über wichtige globale Fragen, einschließlich solcher, die in erster Linie die Afrikaner selbst betreffen. (...)

Aber der Kontinent muss mit einer Stimme sprechen können, wenn er erfolgreich sein will. Und das ist leider genau das, was zu beklagen ist. Vor den großen Weltkonferenzen bereitet sich Afrika nämlich nicht richtig vor. Die afrikanischen Staats- und Regierungschefs sind in ihren Reihen verstreut, jeder predigt in seiner eigenen Kirche. (...)

Die Folge dieser mangelnden Vorbereitung ist, dass ein Gipfel auf den anderen folgt, ohne dass sich dies wirklich auf die Entwicklung des Kontinents auswirkt. (...)

Le Pays, Burkina Faso (aus dem Französischen)

<https://lepays.bf/sommet-afrique-russie-peut-on-reprocher-a-lafrique-de-se-mobiliser-derriere-ses-interets-2/>

TREFFEN ZWISCHEN RUSSLAND UND AFRIKA: PUTIN WILL EINFLUSS AUSBAUEN

(...) Auf jeden Fall ist Russland nur einer von mehreren großen Akteuren, die sich jetzt verstärkt um politischen und wirtschaftlichen Einfluss in Afrika bemühen – darunter nicht nur China, sondern auch Indien, die Türkei, die Golfstaaten, Südkorea und

natürlich die Nationen des Westens und Japan. (...)

Die Entscheidung Moskaus, das Abkommen über den sicheren Transport ukrainischen Getreides über die Schwarzmeerhäfen aufzukündigen, wird es Russland schwer machen, von seinem guten Willen und seinen besseren Absichten zu überzeugen, auch wenn Putin versprochen hat, das entstandene Defizit auszugleichen. (...)

Der politische Kontext hat sich dramatisch verändert, seit die afrikanischen Staats- und Regierungschefs 2019 zum ersten Russland-Afrika-Gipfel nach Sotschi gereist sind.

In den vergangenen drei Jahren schien der Kreml von dem Wunsch getrieben, Frankreich und andere westliche Staaten zu destabilisieren, und zeigte zumindest teilweise Wohlwollen für das Militär, das in Mali, Burkina Faso und Guinea die Macht übernommen hat und von den Nachbarregionen als Bedrohung für die Region angesehen wird. (...)

BBC News Swahili (aus Kiswahili übersetzt)

<https://www.bbc.com/swahili/articles/c72kzj6d4reo>

RUSSLAND-AFRIKA-GIPFEL – IN ANWESENHEIT VON RUND ZWANZIG STAATSCHEFS: WLADIMIR PUTIN VERSPRICHT, AFRIKA ZU ERNÄHREN

(...) Der Getreidehandel, der sich zu einem diplomatischen Instrument entwickelt,

stand im Mittelpunkt des zweiten Russland-Afrika-Gipfels. Während die afrikanischen Länder über den Ausstieg Moskaus aus dem Getreideabkommen besorgt waren, beruhigte Wladimir Putin seine afrikanischen Partner, indem er sechs afrikanischen Ländern, die am stärksten von Ernährungsunsicherheit bedroht sind, kostenlosen Weizen versprach. Vor diesem geopolitischen Hintergrund, der die Welt infolge des Krieges in der Ukraine erneut polarisiert, scheut der russische Präsident keine Mühen, um sein Einflussgebiet auf dem Kontinent immer weiter auszudehnen. (...)

In Anwesenheit von rund zwanzig afrikanischen Staats- und Regierungschefs, darunter Präsident Macky Sall, ließ sich Wladimir Putin die Gelegenheit nicht entgehen, den Kontinent zu umwerben. Vor allem in einer Zeit der politischen Krise in Europa, die durch den Krieg in der Ukraine gekennzeichnet ist. Diese Krise hat sich durch die Weigerung der russischen Regierung verschärft, das Abkommen zu verlängern, das einem Jahr garantiert, was den afrikanischen Kontinent wiederum in eine Nahrungsmittelkrise zu stürzen droht. In seiner Rede versuchte der russische Präsident natürlich, seine verehrten Gäste zu beruhigen. (...)

Woury Diallo, Le Quotidien, Senegal (aus dem Französischen)

<https://lequotidien.sn/sommet-russie-afrique-en-presence-dune-vingtaine-de-chefs-detat-vladimir-poutine-promet-de-nourrir-lafrique/>

Blieben Sie mit unserem Newsletter zu wichtigen Themen auf dem Laufenden. Wir versenden ihn einmal im Monat sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch. Die Anmeldung zum Newsletter ist kostenfrei auf www.dandc.eu.





SCHWERPUNKT

Wasserinfrastruktur

Kleine Fortschritte in Ghanas Wasserversorgung

Von Elaine T. Lawson (S. 19)

Anhaltende Dürre im krisengeschüttelten Horn von Afrika

Von Christoph Schneider-Yattara (S. 21)

Kampala hat zahlreiche Wasser- und Sanitärprobleme

Von Ronald Ssegujja Ssekandi (S. 23)

Bangladeschs zweitgrößte Stadt wird jeden Tag überschwemmt

Von Rafiqul Islam Montu (S. 24)

Das Austrocknen von Quellen im Himalaya verhindern

Von Nand Kishor Agrawal und Sanjeev Bhuchar (S. 27)

Städtische Wasserbetreiber müssen besser gefördert werden

Von Daniel Nordmann, Dieter Rothenberger und Jörg Dux (S. 29)

Globaler Wasserrechtsdialog soll Prinzipien einer nachhaltigen Wasserverwaltung erarbeiten

Von Benjamin Kiersch (S. 32)

UN-Bericht: SDG6 wird wahrscheinlich nicht erreicht

Von Prince Thompson (S. 34)



Ein Bauer trinkt aus einem Bach auf einer Kakaofarm in Kusa, Ghana.

ZUGANG ZU SICHEM TRINKWASSER

Die Lücke schließen

Zugang zu Wasser ist ein Menschenrecht. Ghana hat diesbezüglich Fortschritte gemacht, aber es gibt noch große Versorgungslücken.

Von Elaine T. Lawson

Es ist zwar vorangegangen mit der Bereitstellung von sauberem Trinkwasser in Ghana, aber die politischen Bemühungen waren weniger erfolgreich als erwartet. Die Wasserversorgungssysteme in Ghana sind komplex. Sie bestehen aus formellen staatlichen Institutionen wie GWCL und CWSA (siehe Box) sowie aus informellen Verkäufern und privaten Einrichtungen. Alle versuchen, die Lücken zu schließen.

Soziale Ungleichheiten erschweren es vielen Menschen, sich sauberes Trinkwasser zu leisten. Es gibt viel Armut. Den ghanaischen Arbeitsmarkt dominieren Geringverdienende im informellen Sektor. Laut Ghana Living Standards Survey Round Seven (GLSS 7) gehen zwei Drittel der derzeit Beschäftigten einer „prekären Beschäftigung“ nach. Auf dem Land sind es noch mehr.

Sozial schwache Arbeitnehmer*innen können nicht noch mehr für die Grundver-

sorgung mit Wasser, Sanitäreinrichtungen und Hygienesdiensten ausgeben. Soziale Sicherheitsnetze, die eine angemessene Versorgung der Armen und Schwachen mit sauberem Wasser gewährleisten, fehlen. Der Fokus auf marktorientierte Ansätze und Kostendeckungsmechanismen blockiert den Zugang für alle obendrein.

Sauberes Trinkwasser ist regional unterschiedlich zugänglich. Laut der Volks- und Wohnungszählung von 2021 besteht ein eklatantes Stadt-Land-Gefälle bei der Qualität von Wasserversorgung und Infrastruktur, wobei städtische Haushalte eher an sauberes Trinkwasser kommen.

Allerdings kann die GWCL auch die Wassernachfrage in städtischen Gebieten nicht decken – folglich ist die Wasserversorgung chronisch unregelmäßig und die Abhängigkeit von informellen Wasserquellen hoch. Im urbanen Raum sind abgepacktes Wasser (51,5%) und Leitungswasser (33,6%) die wichtigsten Trinkwasserquellen, auf dem Land sind die Menschen auf Bohrlöcher/Schlauchbrunnen (33,6%) und Leitungswasser (28,8%) angewiesen.

Durchschnittlich brauchen Menschen ohne eigenen Wasserzugang 19 Minuten bis

zur nächsten Trinkwasserquelle – auf dem Land 22 Minuten und im städtischen Raum 13 Minuten. In ländlichen Gebieten ist die nächste Trinkwasserquelle für viele Haushalte mehr als 30 Minuten entfernt.

Meist holen Mädchen und Frauen Wasser. Das beeinträchtigt den Schulbesuch der Mädchen und die Fähigkeit der Frauen, einer Beschäftigung nachzugehen. Wichtig ist zudem: Diese Statistiken erfassen die wachsenden stadtnahen und informellen Siedlungen mit unregelmäßigem und unsicherem Trinkwasserzugang nicht angemessen.

Eine wichtige Wasserquelle für den Trink- und Hausgebrauch in vielen ländlichen Gemeinden ist die Entnahme von Oberflächenwasser, etwa aus Flüssen, Bächen und Teichen. Meist ist dieses Wasser verschmutzt. Der zunehmende illegale Bergbau verschmutzt zudem Bäche und Flüsse, beeinträchtigt die Wasserverfügbarkeit und verursacht hohe Aufbereitungskosten. Auch Abholzung, unsachgemäße Agrarpraktiken, schlechte Sanitäreinrichtungen und Müllentsorgung, Umweltverschmutzung und Klimawandel beeinträchtigen Menge und Qualität des Oberflächenwassers.

AUF DEM WEG IN DIE ZUKUNFT

Hindernisse bei der Versorgung der ghanaischen Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser sind:

- schlechte Umsetzung bestehender Gesetze;

- mangelnde Erschwinglichkeit und fehlender Zugang, besonders für Arme und Schwache;
- unzureichende Infrastruktur;
- geringe lokale Kapazität, die Wassersysteme zu verwalten.

Wasserversorgungs- und -verwaltungseinrichtungen sowie der Rechtsrahmen müssen aktualisiert werden, um die komplexen Probleme anzugehen, die die Wassersicherheit in Ghana heute bedrohen: Klimawandel, illegaler Bergbau, Verlust der Biodiversität, wachsende Armut und Zunahme von Selbstversorgung und Wasserverkäufer*innen. Die Klimakrise bedroht besonders die Fähigkeit des Wasserinfrastruktursystems, als Versorger zu dienen. Sie verursacht Extremwetter wie Überschwemmungen und Dürren, die Dämmen und Stauseen die Effizienz nehmen.

Zugang zu sauberem und bezahlbarem Trinkwasser zu schaffen, ist Aufgabe der nationalen Politik. Nicht nur die Klimakrise zeigt, dass Investitionen in die Infrastruktur wichtig sind – besonders in Wasserspeichersysteme und in den Überflutungsschutz. Die meisten ländlichen Wasserinfrastrukturen, sofern überhaupt vorhanden,

funktionieren nicht oder sind veraltet. Die Bemühungen, sie nachzurüsten, sind träge und unzureichend.

Mehr Investitionen in eine zugängliche und gezielt klimafreundliche Infrastruktur werden für die Regierung und ihre Institutionen sowie für die Akteure des Wassersektors von Vorteil sein. In erneuerbare Technologien zu investieren, könnte auch helfen, die Wasserversorgung auf Gebiete auszuweiten, die nicht an die formale Wasserinfrastruktur angeschlossen sind. Wasserversorgungssysteme sollten auch die Abwassersammlung und -aufbereitung sowie Regenwassersysteme mit Regenwasserleitungen und sonstiger Infrastruktur umfassen.

Die meisten Wasserquellen, die Trinkwassersysteme speisen, sind auf dem Land. Der Top-down-Ansatz der meisten Maßnahmen ignoriert jedoch oft das Fachwissen vor Ort. Lokale Interessengruppen einzubeziehen hieße, sich an lokale und traditionelle Autoritäten zu wenden und indigene Werte und Kenntnisse in Gewässerschutzmaßnahmen einzubeziehen.

Dass Wasser bezahlbar wird, hat oberste Priorität. Aktuell geht es meist um

Kostendeckung und Tarife – Armen stellt das den Zugang zu sauberem Trinkwasser. Gezielte Sozialschutzinitiativen müssen endlich für Bezahlbarkeit sorgen. Sie könnten flexible Zahlungssysteme, Entwicklung von Bezahlbarkeitsschwellen und Bereitstellung von Subventionen, etwa für Wasserspeichersysteme, umfassen. Was die Regierung aus der Bereitstellung von kostenlosem Trinkwasser während der Covid-19-Pandemie gelernt hat, könnte dabei helfen.

Auch sollte Ghanas Zivilgesellschaft gestärkt werden, um ihre Rolle wahrnehmen zu können. Die Abhängigkeit von ausländischer Hilfe und NGO-Unterstützung ist groß. Gemeindebasierte Gruppen wie WSMTs und Wasser- und Sanitärkomitees brauchen angemessene Mittel und Schulungen, um sich um die ländliche Wasserinfrastruktur kümmern und für einen sicheren Wasserzugang eintreten zu können.

ELAINE T. LAWSON

ist Forschungsbeauftragte am Institute for Environment and Sanitation Studies der Universität von Ghana.

elaine_t@staff.ug.edu.gh

Ghanas Wasserversorgung

Der institutionelle Rahmen, der sicherstellt, dass alle Ghanaer*innen sauberes Trinkwasser erhalten, wurde vor fast hundert Jahren gesetzt. Zu den wichtigsten Verbesserungen zählt 1965 die Gründung der Ghana Water and Sewerage Corporation (GWSC). Sie verwaltete die Wasserproduktion und -verteilung auf dem Land und in den Städten. Als Ghana in den 1980er und 1990er Jahren im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme (SAP) von Weltbank und IWF bedeutende Reformen durchlief, verlagerte sich diese Doppelaufgabe, und ländliche und städtische Trinkwasserbewirtschaftung wurden formal getrennt.

1999 wurde die GWSC zur Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die „Ghana Water Company Ltd.“ (GWCL), umgewandelt. Seither ist sie nur noch für die städtische Wasserversorgung zuständig. Die städtische Trinkwasserversorgung hingegen reguliert die Public



Utilities Regulatory Commission (PURC). Sie wurde 1997 eingerichtet, als der Versorgungssektor reformiert wurde. Sie prüft und genehmigt Tarife und überwacht die GWCL und andere sekundäre und tertiäre Wasserversorger.

Seit 1993 sind die ghanaischen Stadt-, Gemeinde- und Bezirksversammlungen (MMDAs) dafür verantwortlich, Wasserzugang und Sanitäreinrichtungen in ländlichen Gemeinden und Städten mit weniger als 10 000 Einwohner*innen zu verbessern. Die MMDAs werden von der Community Water and Sanitation Agency (CWSA) unterstützt, die Entwicklung und Nachhaltigkeit einer sicheren Wasserversorgung fördert. Sie koordiniert auch die Bemühungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und

Akteuren des Privatsektors, sicheres Trinkwasser in ländlichen Gebieten bereitzustellen. Lokale Nutzergemeinschaften verwalten die ländliche Wasserinfrastruktur über Wasser- und Sanitärmanagementteams (WSMTs), überwachen die Trinkwasserinfrastruktur und kümmern sich um die Anliegen der Verbraucher*innen.

Das Ministerium für Abwasserentsorgung und Wasserressourcen (MSWR) ist die wichtigste Regierungsinstitution. Es formuliert und koordiniert die Wasserpolitik. Weitere Akteure sind die Wasserressourcenkommission (WRC) und die Umweltschutzbehörde (EPA). Gleichzeitig steht Ghana noch immer vor vielfältigen Herausforderungen in der Wasserversorgung (siehe Haupttext). EL



Von der anhaltenden Dürre vertriebene Frauen stehen im Lager Kaam Jiroon in Somalia für Wasser an.

HORN VON AFRIKA

Dürren haben viele Aspekte

Die Gemeinschaften am Horn von Afrika sind von komplexen und miteinander korrelierenden Krisen betroffen. Ressourcenkonflikte, besonders um Wasser, werden immer bedrohlicher, da sie nicht nur Länder, sondern ganze Regionen betreffen.

Von Christoph Schneider-Yattara

Das Horn von Afrika ist sehr anfällig für Folgen der Klimakrise wie Dürren und Überschwemmungen, die in den letzten Jahren häufiger und intensiver wurden. Die Region leidet unter Wasserknappheit, rückläufigen landwirtschaftlichen Erträgen, reduzierten Viehbeständen und dem Schwund natürlicher Ressourcen.

Früher gab es in der Region alle fünf bis zehn Jahre Dürren, dann alle drei bis fünf Jahre. Nun scheinen sie zum Dauerzustand geworden zu sein. Im dritten Jahr in Folge gab es am Horn von Afrika während der Regenzeit deutlich weniger Regen.

Der Wassermangel hat geringere Ernteerträge, Tiersterben und einen Rückgang der Nahrungsmittelproduktion zur Folge. Allein in Kenia, Somalia und Äthiopien sind laut Amt der UN für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) seit 2020 mehr als 13 Millionen Tiere verendet.

Von Landwirtschaft und Viehzucht abhängige Gemeinschaften trifft dies besonders. Vor allem Frauen und Kinder leiden unter andauernder Ernährungsunsicherheit, Hunger, Armut und Krankheit.

Durch Wassermangel und schlechte Wasserqualität nehmen wasserbürtige Krankheiten wie Cholera, Ruhr und Typhus zu. Die Menschen nutzen oft schmutziges Wasser, was Gesundheitsrisiken birgt und die ohnehin geschwächten Gesundheitssysteme belastet.

Zugleich wächst die Bevölkerung am Horn von Afrika mit durchschnittlich drei Prozent pro Jahr so stark wie an kaum einem anderen Ort der Welt. Der Kampf um Ressourcen und der Druck auf die knappen Anbauflächen wachsen. Entwaldung, Bodendegradation, Grundwassererschöpfung und Verlust der Artenvielfalt sind in der Region weit verbreitet.

Durch Wasserknappheit können Streitigkeiten über Zugang, Kontrolle und Verteilung eskalieren und zu Konflikten und Gewalt führen. Bereits fragile soziale und politische Systeme werden so weiter destabilisiert (siehe Kasten).

Migration ist ein Bewältigungsmechanismus für Gemeinschaften in Not. Laut OCHA wurden seit 2020 mehr als 2,7 Millionen Menschen durch die Dauerdürre und

durch Wasserkonflikte in Kenia, Somalia und Äthiopien vertrieben. Ganze Gemeinden verlassen ihre Heimat auf der Suche nach besserem Zugang zu Wasser und anderen lebenswichtigen Ressourcen. Flüchtlingslager entstehen, mehr Migrant*innen strömen in die Städte, und die begrenzten Ressourcen und Dienstleistungen werden zusätzlich belastet.

Die durch die Dürren ausgelöste inländische und grenzüberschreitende Migration verschärft Spannungen in Konfliktregionen.

„Früher gab es in der Region alle fünf bis zehn Jahre Dürren, dann alle drei bis fünf Jahre. Nun scheinen sie zum Dauerzustand geworden zu sein.“

Die Menschen geraten von einer Krise in die nächste, wobei die meisten in ihrer Region bleiben.

Ethnische Konflikte, Bürgerkriege sowie sexuelle und genderspezifische Gewalt (SGBV) sind neben Konflikten über den Zugang zu Wasser und Land Alltag in der Region. Laut Fragile State Index 2023 des Fund For Peace ist das Horn von Afrika eine der instabilsten Regionen, Somalia sogar das instabilste Land der Welt. Der Südsudan liegt an dritter, der Sudan an siebter Stelle. Für Äthiopien und Eritrea gilt „Hohe Alarmstufe“ bzw. „Alarmstufe“. In all diesen Ländern gab es kürzlich oder aktuell Kriege oder Konflikte und damit laut UN-Flüchtlings-

hilfswerk (UNHCR) im letzten Jahr mehr als 13 Millionen Binnenvertriebene in der Region und bis März 2023 an die fünf Millionen Geflüchtete. Die Menschen fliehen vor Zerstörung, Verfolgung und Tod.

SGBV ist hier eine häufige Form der Gewalt. Verschiedene bewaffnete Gruppen vergreifen sich an Frauen und Mädchen, um sie zu vergewaltigen, zur Heirat zu zwingen oder zu versklaven. SGBV kam im jüngsten Krieg in Äthiopien vor und wird auch aus dem laufenden Krieg im Sudan berichtet.

Die Afrikanische Union (AU) kann trotz ihrer Friedens- und Sicherheitsarchitektur Konflikte kaum schlichten. Die UN-Präsenz in allen Ländern am Horn von Afrika zeigt, dass die Nationalregierungen die Herausforderungen nicht in den Griff bekommen.

Zudem erinnern Relikte aus der Kolonialzeit nicht nur an historische Missstände, sondern können auch zu neuen Konflikten führen, wie im Fall des Grand Ethiopian Renaissance Dam (GERD). Bisher konnte Ägypten den Bau von Staudämmen strom-

aufwärts des Nils verhindern und berief sich dabei auf Abkommen aus der Kolonialzeit mit Großbritannien und dem Sudan aus den Jahren 1929 und 1959. Äthiopiens Entscheidung, den Staudamm zu bauen, hätte fast einen Wasserkrieg zwischen den Anrainerstaaten, besonders Äthiopien und Ägypten, ausgelöst.

Es ist Zeit für einen Mechanismus, der diesen Nationen hilft, gemeinsame Ressourcen wie Wasser zu verwalten. Es braucht einen vielseitigen Ansatz für nachhaltige Wasserbewirtschaftung, Investitionen in die Wasserinfrastruktur, verbesserte landwirtschaftliche Praktiken und effektive Wirtschafts- und Verwaltungssysteme.

Zudem ist die nationale, regionale und internationale Zusammenarbeit entscheidend, um Gemeinschaften dabei zu unterstützen, resilient gegenüber Wasserknappheit zu werden, Konflikte zu entschärfen und nachhaltige Lösungen für die Bewirtschaftung von Ressourcen und den gerechten Zugang zu ihnen zu finden. Dazu gehören auch Friedenskonsolidierung und

Konfliktlösung, die Unterstützung durch humanitäre Hilfe und Entwicklungsinitiativen sowie die Bekämpfung von SGBV. Auch ein legaler und sicherer Migrationsrahmen ist dringend nötig.

All dies erfordert ein umfassendes Konzept. Regionale Gremien wie die Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung (IGAD), die AU und UN können technisches Fachwissen und politische Instrumente anbieten, um Prozesse für dauerhafte Lösungen zu erleichtern.

Dafür bedarf es der aktiven Beteiligung und Unterstützung aller Beteiligten aus Regierungen, Institutionen, Zivilgesellschaft und lokalen Gemeinschaften. Schließlich haben die Menschen am Horn von Afrika ein würdiges, friedliches und gerechtes Leben verdient.



CHRISTOPH SCHNEIDER-YATTARA
ist Regionalbeauftragter des Regionalbüros Horn von Afrika von Brot für die Welt.

csyattara@padd-africa.org

Fragile Demokratien

Selbst in Demokratien können lebenswichtige Ressourcen wie Wasser umstritten oder schwer zugänglich sein. Je stabiler jedoch die politischen Verhältnisse sind, desto gesicherter ist in der Regel auch der gesetzlich garantierte Zugang zu Wasser.

Viele Staatssysteme am Horn von Afrika tragen die Begriffe „föderal“ oder „demokratisch“ in ihrem Namen. Demokratie definiert sich unter anderem durch freie und faire Wahlen. Diese gibt es in der Region jedoch, wenn überhaupt, nur selten. Sie scheinen auch eher darauf abzuzielen, westliche Geber zufriedenzustellen, als ein Instrument zur Herstellung eines Machtgleichgewichts zu sein. Wenn sie abgehalten werden, sind sie anfällig für Manipulationen,

beinhalten oft Gewalt nach den Wahlen und führen selten zu einem Regierungswechsel.

Die Zivilgesellschaft ist lebendig, aber ihre Möglichkeiten schrumpfen. In den meisten Ländern der Region trauen die staatlichen Akteure den Bürger*innen nicht zu, Teil eines dynamischen, gesellschaftsbildenden Prozesses zu sein. Dies äußert sich in drakonischen Gesetzen, die den Spielraum der Zivilgesellschaft einschränken. Selbst dort, wo die Gesetze moderater sind, schränken sie in ihrer Auslegung und Umsetzung eher ein.

Regierungsführung in einer Demokratie sollte das Ziel haben, Transparenz, Rechenschaftspflicht und die Beteiligung der Bürger*innen an Entscheidungen zu fördern. In den

meisten Ländern der Region dominieren jedoch bestimmte Gruppen, Clans oder Parteien die Regierungen und nutzen ihre Macht, um Exekutive, Legislative und Judikative sowie unabhängige Institutionen wie Wahlvorstände, Medien und andere Regulierungsbehörden zu beeinflussen. Die Folge ist ein Mangel an Kontrolle und Gegenkontrolle.

Korruption, Inflation und Kleptokratie können Gesellschaften vor große Herausforderungen stellen und Konflikte befeuern (siehe Haupttext zu

den aktuellen Konflikten am Horn von Afrika). Weit verbreitete Korruption untergräbt die wirtschaftliche Stabilität und verstärkt den Inflationsdruck. Eine hohe Inflation ist häufig Folge von Konflikten, Kriegen sowie finanzieller Misswirtschaft und Wirtschaftssanktionen.

Kleptokratie wird nur selten als Folge von Machtergreifungen genannt, aber tatsächlich nutzen die meisten herrschenden Eliten ihre Macht, um nationale Ressourcen zu kontrollieren und auszubeuten und sich an Wirtschaftsgütern persönlich zu bereichern. In seinem jüngsten Artikel zum Krieg im Sudan betont Omar Shaha-budin McDoom, Professor an der London School of Economics, dass „die Straflosigkeit der Kleptokratie enden muss, wenn der Übergang zu einer stabilen, regelbasierten Regierung gelingen soll“.

CSY



WASSER IM URBANEN RAUM

Kampalas Herausforderungen

In Ugandas Hauptstadt Kampala fehlt vielerorts der Zugang zu sauberem Wasser. Zusätzlich stellen das baufällige Abwassersystem und Überschwemmungen ernste Gefahren dar. Bisherige Anstrengungen für einen erleichterten Zugang zu Wasser und bessere Infrastruktur reichen noch nicht aus.

Von Ronald Ssegujja Ssekandi

Wasserknappheit und ein defizitäres Abwassersystem sind zwei der großen Herausforderungen von Ugandas Hauptstadt. Wie bei vielen afrikanischen Großstädten basiert Kampalas Infrastruktur noch auf den Baustandards der ehemaligen Kolonialregierung. Besonders in Slums wie Katanga gibt es kaum Zugang zu sauberem Wasser.

Verschärft hat sich die Situation, weil der Infrastrukturausbau nicht mit dem rasant steigenden Bevölkerungswachstum der vergangenen Jahrzehnte mithalten konnte: Während 1960 etwa 130 000 Menschen in Kampala lebten, waren es beim letzten offiziellen Zensus 2014 allein im Kerngebiet bereits anderthalb Millionen.

Die ugandische Regierung erkennt die besonderen Bedürfnisse Kampalas als eines der wichtigsten Ballungsgebiete des Landes an. Bereits 2010 hat sie durch ein Gesetz, den Kampala Capital City Authority Act, eine halbautonome Verwaltungseinheit mit speziellen Abteilungen ins Leben gerufen, die sich um die dringendsten Bedürfnisse der Stadt kümmert. Die Abteilung für Raumplanung und die Abteilung für technische Dienste überarbeiten die Infrastruktur der Stadt einschließlich der Wasser- und Abwassersysteme.

Insbesondere die in Kampala immer wieder auftretende Wasserknappheit ist problematisch. Die nationale Wasser- und Abwasserversorgungsbehörde National Water and Sewerage Corporation (NWSC) entnimmt das Wasser hauptsächlich aus dem Viktoriasee und Bohrlöchern und klärt es in Wasseraufbereitungsanlagen. Häufig ist der Bedarf aber so hoch, dass sie nicht alle an das Leitungsnetz angeschlossenen Haushalte versorgen kann. Viele Menschen

sind deshalb auf Alternativen wie Wasserverkäufer, flache Brunnen oder andere potenziell verunreinigte Wasserquellen angewiesen.

Um die Versorgung zu verbessern, arbeitet auch die NWSC daran, die Wasserproduktion zu erhöhen, ein effizientes Abwassermanagement zu installieren und zu verhindern, dass Wasser und Abwasser

Katosi eröffnet, die täglich 160 000 Kubikmeter Wasser produzieren kann.

KAUM GEWARTETE GRUBENLATRINEN

Aber dennoch reicht die bestehende Infrastruktur nicht aus, um den Bedarf der wachsenden Bevölkerung zu decken. Ein erheblicher Teil des Abwassers fließt unbehandelt in den Viktoriasee, weil er die Kapazitäten der Kläranlagen übersteigt. Hinzu kommen unzureichende sanitäre Praktiken und mangelnder Zugang zu sanitären Einrichtungen: Viele Einwohner*innen sind auf kaum gewartete Grubenlatrinen angewiesen. Die Fäkalien verunreinigen sowohl



Die Situation auf Kampalas Straßen nach heftigen Regenfällen.

auslaufen. Finanziert werden die Projekte von verschiedenen Organisationen wie der Afrikanischen Entwicklungsbank.

Zusätzlich unterstützt wird die ugandische Regierung von europäischen Partnern wie dem Treuhandfonds für die Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika (EU-AITF), der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Agence Française de Développement (AFD) und der KfW. Zuletzt wurde so im März 2021 die Wasseraufbereitungsanlage

Wasserquellen an der Oberfläche als auch das Grundwasser.

Die ugandische Regierung möchte deshalb nicht nur die Abwasserinfrastruktur ausbauen und modernisieren, sondern Gemeinden dafür sensibilisieren, sanitäre Einrichtungen zu nutzen und Abfälle nicht in der Umwelt zu entsorgen.

Wegen der schlechten Entwässerungssysteme verursachten starke Regenfälle in den vergangenen Jahren immer häufiger

Überschwemmungen. Die großen Mengen Regenwasser überfluten die Straßen und gefährden Menschen und ihr Eigentum.

Gleichzeitig nutzen manche Menschen die starken Regenfälle, um ihre Klärgruben zu leeren. Die Fäkalien vermischen sich mit dem fließenden Wasser und verursachen einen starken Gestank. In Kombination mit der schlechten Abfallentsorgung und den mangelhaften Abwassersystemen breiten sich so zunehmend Krankheiten wie Cholera aus.

Angesichts dieser Herausforderungen ist Kampala dem Africa Smart Towns Network (ASToN) beigetreten und führt nun das aus mittlerweile zwölf afrikanischen Städten bestehende Netzwerk. Die Initiative wurde von der französischen Entwicklungsagentur (AFD) ins Leben gerufen, um afrikanische Städte beim Aufbau nachhaltiger Stadtsysteme zu fördern. Dem Vorbild des europäischen URBACT-Programms folgend, soll so die Zusammenarbeit der Städte in Bezug auf spezielle Herausforderungen verbessert werden.

Anfangs konzentrierte sich die Stadtverwaltung und -politik Kampalas noch vor allem auf die Lösung von Mobilitätsproblemen. Mittlerweile werden die aus dem Projekt gezogen Lehren auch in anderen Bereichen angewendet, etwa bei der Lösung der Entwässerungs- und Wasserprobleme.

Als „Smart City“ stellen sich die Behörden dabei eine nachhaltige Stadt vor, deren Infrastruktur auf dem technologisch neuesten Stand ist und die über klare Organisationsstrukturen verfügt.

In Kampala ist die Modernisierung insbesondere angesichts der großen Bevölkerungszahl eine Herausforderung, weil viele Einwohner*innen in der informellen Wirtschaft tätig sind und vor allem arme Menschen sich gegen entsprechende Maßnahmen wehren. Viele fühlen sich existenziell bedroht, weil der Wandel unmittelbar ihre Lebensgrundlage gefährdet. Die Stadtverwaltung geht zum Beispiel gezielt gegen Straßenhändler*innen vor, weil sie für ihre schlechte Abfallentsorgung berüchtigt sind – viele hinterlassen ihren Verpackungs-

und Kunststoffmüll auf den Straßen, und so endet er auch in der städtischen Kanalisation.

In den vergangenen zehn Jahren hat Kampala mit unterschiedlichen Entwicklungspartnern zusammengearbeitet, um die komplexen Probleme zu lösen und die Stadt schrittweise nachhaltiger aufzustellen. Erste Erfolge zeichnen sich ab: Die Herausforderungen bei der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung werden heute besser bewältigt als noch vor einem Jahrzehnt. Doch das reicht längst nicht aus. Einige Probleme bleiben bestehen. Sie zu lösen erfordert die Zusammenarbeit zwischen den Einwohner*innen Kampalas, der Stadtverwaltung, den Entwicklungspartnern und der Zentralregierung des Landes.



RONALD SSEGUJJA SSEKANDI
ist ein Autor aus Uganda und bearbeitet für E+Z/D+C die Rubrik Heutzutage.

sekandiron@gmail.com

ÜBERFLUTUNGEN

Gelebte Klimakrise in Bangladesch

Chittagong in Bangladesch ist eine der zehn am schnellsten sinkenden Küstenstädte der Welt. Viele Menschen sind in diese Stadt gezogen, weil sie vor Klimakatastrophen in anderen Gegenden des Landes geflohen sind. Da Chittagong mehrere Stunden am Tag unter Wasser steht, ist es wahrscheinlich, dass sie bald wieder weg-müssen.

Von Rafiqul Islam Montu

Nurjahan Begum sitzt auf einem Plastikstuhl vor ihrem Haus in einer dicht bevölkerten Siedlung am Flussufer des Karnaphuli in Chittagong. Der Stuhl steht zur Hälfte unter Wasser. An diesem Tag waren hunderte Familien in Begums Nachbarschaft wieder einmal für mehr als fünf Stunden in den Wasserfluten gefangen.

Der Alltag vieler Menschen in Bangladeschs zweitgrößter Stadt kreist um die Gezeiten und den Anstieg und Abfluss der Fluten. Das Meer ist 16 Kilometer entfernt. Das Wasser überschwemmt die Kanäle der Stadt über den Karnaphuli-Fluss. Während der Flut muss jeder fünf bis sechs Stunden zu Hause bleiben. Alles muss erledigt sein, ehe das Wasser steigt.

Mehr als die Hälfte von Chittagong steht regelmäßig unter Wasser. Laut einer Untersuchung der Direktion für öffentliche Arbeiten, einer Regierungsagentur in Bangladesch, werden inzwischen etwa 69 Prozent der Stadt mehr oder weniger von den Gezeiten überschwemmt.

Eine weitere Studie, die im Wissenschaftsmagazin Geophysical Research Letters veröffentlicht wurde, besagt, dass Chittagong zwischen 2015 und 2020 jährlich

2,39 Zentimeter an Land verloren hat. Zugleich ist der Meeresspiegel laut Zwischenstaatlichem Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change) seit 1993 jährlich um etwa drei Millimeter gestiegen.

Viele der fast 6 Millionen Einwohner Chittagongs sind in den letzten Jahrzehnten



Die Fluten sind nun Teil des Alltags für die Bürgerinnen und Bürger von Chittagong.



Die Hauptstraße eines ehemals gehobenen Wohngebietes steht fast täglich unter Wasser.

ursprünglich vor anderen Klimakatastrophen im Land hierher geflohen. Die meisten haben durch Wirbelstürme, Flusserosion oder Überflutungen alles verloren.

So auch Nurjahan Begum. Ihr Haus am Ufer des Meghna-Flusses in Daulatkhan, einer Division im Inselelndistrikt Bhola, wurde 1991 von einem Zyklon weggefegt. Das Leben der 60-Jährigen ist geprägt von Klimakatastrophen – insgesamt 22 Mal musste sie umziehen. Nach dem Tod ihres Mannes und dem erneuten Verlust aller Habseligkeiten kam sie vor zehn Jahren mit ihren drei Kindern nach Chittagong.

Jetzt sind ihre Familie und viele andere erneut mit den Folgen der Klimakrise konfrontiert. In den letzten Jahren waren viele Menschen gezwungen, immer wieder umzuziehen, weil sie während des Monsuns in höher gelegenen Gebieten mit teureren Mieten wohnen und nach dem Monsun wieder in mietgünstige Häuser in tiefer gelegenen Gebieten der Stadt ziehen.

Roksana Begum hat eine zehnköpfige Familie. Diese ist wegen der Überflutungen in den letzten zwei Jahren dreimal umgezogen. Die 55-Jährige kam in die Stadt, um der wirtschaftlichen Not in ihrem Dorf zu entkommen. Auch Mohammad Shahjahan kam als 20-Jähriger zum Arbeiten nach Chittagong. Bis dahin lebte er in dem Küstendorf Dakshin Syedpur. Siebenmal musste seine Familie wegen Flusserosion umziehen. Der Ort, an dem Shahjahans Vater einst sein Haus baute, liegt nun in der Mitte des Flusses Meghna. Shahjahan hielt das Zentrum von Chittagong für einen sichereren Platz,

sorgt sich nun aber, ob er noch lange in der Stadt leben kann.

TÄGLICHE FLUTEN

Das Wasser verschont auch die reicheren Wohngegenden nicht. Das World Trade Center, das wichtigste Gebäude im Geschäftsviertel Agrabad, ist nun umgeben von Wasser. In der Nähe von Agrabad entstand das elitärste Wohnviertel der Stadt, die Chittagong-Development-Authority (CDA)-Wohnsiedlung.

Die Fluten haben die Popularität der Gegend erheblich gemindert. Abu Kalam ist ein CDA-Anwohner. Der 70-Jährige hat einiges in sein Haus investiert, dessen Wert nun drastisch gesunken ist. Das Erdgeschoss steht wie alle Häuser im Viertel täglich fünf bis sechs Stunden unter Wasser. Die meisten können ihre Erdgeschosse nicht mehr nutzen und mussten sich woanders ein neues Haus bauen. Die Hausbesitzer haben keine Chance, ihre Häuser in der einst teuren Gegend zu vermieten.

Einige Infrastruktur-Projekte sollen die Lage verbessern. Die Straßen in den am schlimmsten betroffenen Gegenden wurden um fast einen Meter angehoben – aber bei Flut steht das Wasser immer noch einen halben Meter über der Straße. Außerdem werden an den Mündungen der Kanäle Schleusen gebaut. Rezaul Karim Chowdhury, der amtierende Bürgermeister von Chittagong, wies dabei auf ein anderes Problem hin: „Chittagong hatte einst 76 Kanäle. Jetzt sind es nur noch 57. Viele Kanäle sind von

Landräubern übernommen worden.“ Er bat das Ministerium für Kommunalverwaltung, ländliche Entwicklung und Genossenschaften um Hilfe, um diese Kanäle wieder unter Kontrolle der Stadt zu bringen.

Chittagong ist längst nicht die einzige Stadt mit solchen Problemen. In einer weiteren in der Fachzeitschrift *Geophysical Research Letters* veröffentlichten Studie maßen die Forschenden zwischen 2015 und 2020 das Tempo der Landdegradation in weltweit 99 Küstenstädten. In den meisten Städten sinkt die Landmasse schneller, als der Meeresspiegel steigt. Geht das so weiter, sind die Städte viel eher von Überschwemmungen bedroht, als die meisten Modelle vorhersagen, die sich auf den Meeresspiegel-Anstieg konzentrieren. Die Hauptursache für diesen Rückgang sind menschliche Aktivitäten – besonders die Grundwasserentnahme. Es sind verstärkte Überwachung und mehr politische Maßnahmen erforderlich, um die Degradation auszubremsen und ihre Folgen zu mindern.

REFERENZ

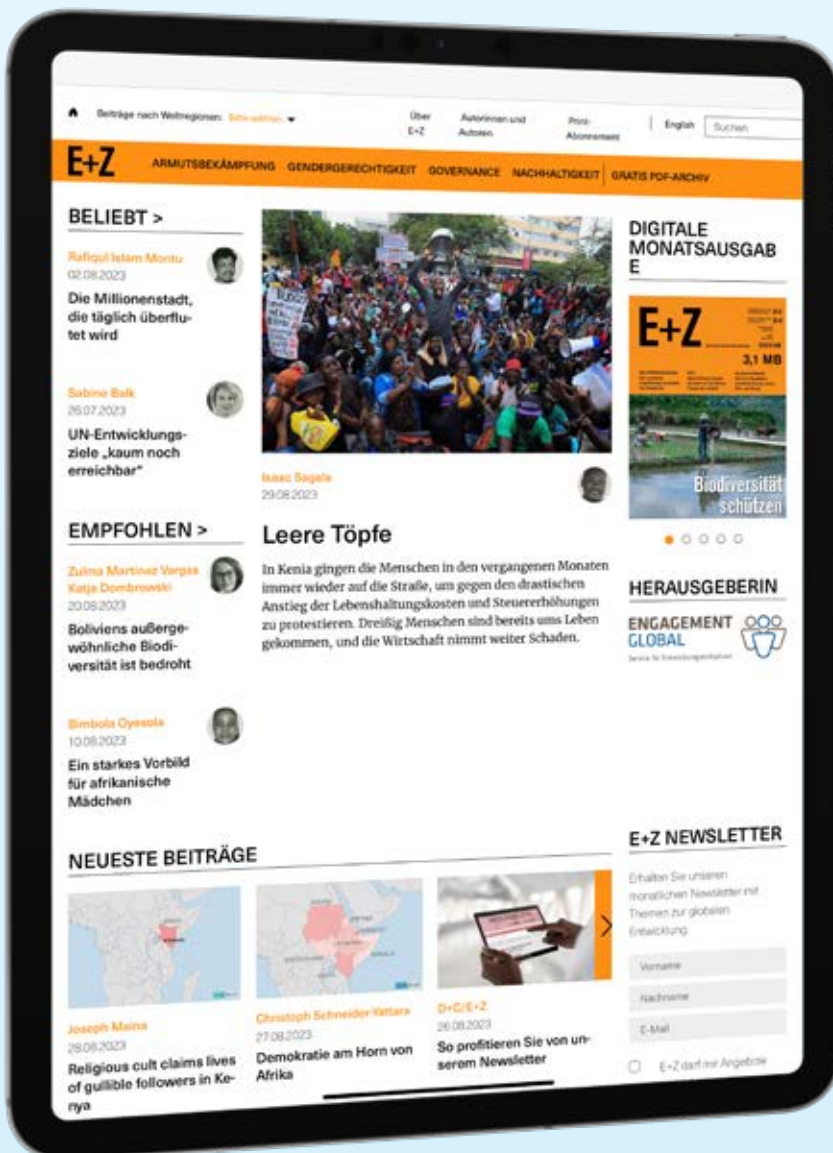
Wu, P., Wei, M. und D'Hondt, S., 2022: *Subsidence in coastal cities throughout the world observed by InSAR*. <https://agupubs.onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1029/2022GL098477>



RAFIQUL ISLAM MONTU ist ein investigativer Journalist aus Bangladesch. Er lebt in Dhaka. rafiqulmontu@gmail.com

Unsere Website hat ein neues Design und ist für mobile Nutzung optimiert.

www.dandc.eu





Quelle im indischen Bundesstaat Himachal Pradesh.

MANAGEMENT VON QUELLGEBIETEN

Rettet die Quellen im Himalaya

In der Hindukusch-Himalaya-Region liefern viele Quellen weniger Wasser als üblich. Es muss verhindert werden, dass sie austrocknen – mit Hilfe der Bevölkerung vor Ort.

Von Nand Kishor Agrawal und Sanjeev Bhuchar

Phulmaya Devi lebt im Dorf Phulbari im zentralen Süden Nepals. Im Dorf ist die ältere Frau als „Spring Aama“ („Mutter der Quellen“) bekannt. Sie hatte erkannt, dass die örtlichen Quellen bald versiegen würden, wenn sich niemand um sie kümmert. Also besuchte Phulmaya Devi eine entsprechende Schulung, reaktivierte die Quellen – und inspirierte andere Dörfer dazu, es ihr gleichzutun.

Im ganzen Himalaya tun sich Menschen zusammen, um Quellen wiederzubeleben – mit wenig mehr als einer rudimentären Ausbildung, etwas technischer Unterstützung und vor Ort mobilisierten Finanzmitteln. In dem Dorf Khetikhan in Nordindien etwa hat eine Frauengruppe eine Quelle vor dem Versiegen bewahrt, indem sie deren Einzugsgebiet schützte. Eine lokale Nichtregierungsorganisation

(NGO) unterstützte sie dabei. Die Tatsache, dass dadurch mehr Wasser vorhanden war, brachte den Dorfvorsteher dazu, eine Leitungswasserversorgung mit Wasseranschlüssen für Haushalte zu planen.

Die Menschen im Himalaya brauchen ihre Quellen – für den Haushalt, zur Bewässerung und auch aus kulturellen Gründen. In der Bergregion gibt es kaum Alternativen. Meist holen Frauen das Wasser; sie müssen dazu oft weit laufen und das Wasser bergauf schleppen. Einige Gemeinden pumpen zwar Flusswasser ab, aber das ist teuer, energieintensiv und in vielen abgelegenen Siedlungen kaum möglich.

Für die Hindukusch-Himalaya-Region – Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, China, Indien, Myanmar, Nepal und Pakistan – ist der Zustand der Quellen nicht umfassend dokumentiert. Schätzungen zufolge versorgen etwa 9 Millionen Quellen dort mehr als 100 Millionen Menschen. Jede Quelle in einem bewohnten Gebiet liefert Wasser für vermutlich mindestens zehn Haushalte.

Während der Trockenzeit, die bis zu acht Monate dauern kann, fließt aus den meisten Quellen mindestens ein Liter pro

Minute. Konservativen Schätzungen zufolge liegen etwa die Hälfte der Quellen in der Nähe menschlicher Siedlungen. Demnach würden 4,5 Millionen Quellen täglich etwa 6500 Millionen Liter Wasser liefern.

Laut NITI (National Institution for Transforming India) Aayog, dem Thinktank der indischen Regierung, waren 2018 etwa die Hälfte der 3 Millionen Quellen in der indischen Himalaya-Region versiegt oder gaben weniger Wasser. In Bhutan ergab 2022 eine Analyse von mehr als 6500 Wasserquellen, dass etwa 35 Prozent versiegt. In Nepal ist es ähnlich, dort betrifft es rund zehn Millionen Menschen, die auf Quellen angewiesen sind.

Quellen versiegen unter anderem deshalb, weil Becken, die einst Wasser speicherten oder als Viehsuhle dienten, verfallen sind. Auch sind in der Hindukusch-Himalaya-Region viele Fachleute nur dafür ausgebildet, die Infrastruktur für Wasserversorgung zu planen; nicht aber dafür, Wasserressourcen oder Einzugsgebiete zu schützen.

Weitere Gründe für das Versiegen von Quellen sind:

- die Klimakrise und Veränderungen im Wetter, vor allem unregelmäßiger Regen und Schnee,
- Entwaldung,
- der Ausbau der Straßeninfrastruktur,
- Grundwasserentnahme und
- natürliche Ursachen wie Erdbeben.

Im Vergleich zu einem ganzen Wassereinzugsgebiet, das leicht 400 Hektar umfassen kann, sind Quellgebiete mit etwa einem bis fünf Hektar eher klein. Deshalb werden sie leicht vernachlässigt, wenn es um wichtige Wasserquellen im größeren Kontext von Flüssen, Wassereinzugsgebieten und Grundwasserleitern geht.

Es sollte für Regierungen und Gemeinden oberste Priorität haben, einer weiteren Verschlechterung der Situation vorzubeugen – schnell und in großem Umfang. Allerdings fehlt es oft an Finanzierung und technischen Fähigkeiten. Auch Bürokratie, Hierarchien und politische Prioritäten spielen eine Rolle. Oft setzen Regierungen lieber auf schnelle technische Lösungen als auf Prävention – obwohl es eine drohende Wasserkrise abzuwenden gilt.

Es braucht dringend besseres Quellgebietsmanagement. Dabei handelt es sich um ein neues Fachgebiet, das sich sowohl mit den Quellen selbst beschäftigt als auch mit

dem Grundwasserbereich, aus dem sich die Quellen speisen. Der Umgang mit Quellgebieten stellt ganz andere Anforderungen als der mit Wassereinzugsgebieten, weil Hydrogeologie unter der Erde anders funktioniert als an der Oberfläche. Beispielsweise können Verbesserungen bei Wassereinzugsgebieten dazu führen, dass mehr Grundwasser gespeichert wird – nur fließt es eben nicht unbedingt zu einer bestimmten Quelle. Es ist deshalb gut, dass die indische Regierung in ihren jüngsten Richtlinien für Wassereinzugsgebiete auch Quellgebiete explizit berücksichtigt – wenn auch meist aus der Perspektive von Einzugsgebieten.

Überhaupt zeigen die Regierungen der Länder der Hindukusch-Himalaya-Region durchaus Einsatz: Sie entwerfen Budgets und Pläne und können Erfolgsgeschichten vorweisen. Allerdings konzentrieren sie sich meist auf bereits versiegende Quellen. Wenn sie nicht genauso auf Prävention achten, könnten noch etliche weitere Quellen vertrocknen. Derzeit trocknen die Quellen jedenfalls schneller aus, als sie reaktiviert werden.

Damit Quellen nicht versiegen, muss das Land nachhaltig bewirtschaftet werden. Es reicht nicht aus, Quellgebiete einfach mit Zäunen zu schützen und dort Bäume zu pflanzen. Vielmehr gilt es auch, Gebiete zu identifizieren, in denen Grundwasser in den Boden eintritt und von Gesteinsschichten eingeschlossen wird. Sie können in anderen Dörfern oder Einzugsgebieten liegen. Deshalb müssen die unterschiedlichen Orte in diesen Gegenden gut zusammenarbeiten – auch wenn das schwierig sein kann und teils besonderer Anreize bedarf.

DIE WICHTIGSTEN SCHRITTE

Bei der Arbeit mit Quellen muss zunächst kartiert werden. Das kann eine positive Wirkung auf die Bevölkerung haben, weil sie lernt, Quellen besser zu verstehen. Mittels Apps und Testkits können die Beteiligten Informationen zu Standort oder Wasserqualität melden. Das verbessert die Datenlage und schafft ein klareres Bild vom Zustand der Quellen.

Zweitens ist auch Sensibilisierung wichtig, deshalb sollte Quellgebietsmanagement in der Schule gelehrt werden. Die Behörden vor Ort müssen in die Ausbildung von Arbeitskräften investieren, statt in teure Eingriffe. Sie müssen Hydrologie und



Geologie vermitteln, damit die Bevölkerung wiederum Behörden dabei helfen kann, auf die richtigen Investitionen zu setzen. Dazu könnten auch einfache Entscheidungstools und Standardprotokolle für das Quellgebietsmanagement beitragen.

Drittens benötigen nachhaltige Projekte auf Gemeindeebene eine starke Regierungsführung, Geschlechtergleichstellung, soziale Inklusion und eine gerechte Gewinnaufteilung. Ohne eine systematische Mobilisierung der Menschen vor Ort bleiben Maßnahmen zur Bewirtschaftung von Quellgebieten oft auf technische Aspekte begrenzt. Das aber gefährdet ihren langfristigen Erfolg.

Fortschritte gibt es etwa bei Trinkwasserversorgungssystemen und -anschlüssen, vor allem in Indien. Die Himalaya-Staaten sollten sich aber insgesamt stärker um Schutz und Bewirtschaftung von Quellen kümmern und sich besser koordinieren. Die Bevölkerung vor Ort muss aktiv werden und Verantwortung übernehmen, statt einfach nur mit Wasser versorgt zu werden.

Auch sind die Folgen der Klimakrise für die Quellen kaum untersucht. Bei der Klimadiskussion geht es oft um schmelzende Gletscher, Überflutungen und andere Extremereignisse – aber auch Quellen verdienen Beachtung. Sie versorgen Millionen von Haushalten mit Wasser und auch die Flüsse des Himalayas, von denen etwa 2 Milliarden Menschen flussabwärts abhängig sind. Ein besserer Schutz von Quellgebieten kann Mensch und Natur zugutekommen, indem Biodiversität wiederhergestellt wird, Klimafolgen gemindert und Lebensgrundlagen erhalten werden.

Die Wasserversorgung im Himalaya steht auf der Kippe. Wir müssen gemeinsam

schnell und umfassend handeln, um versiegende Quellen zu reaktivieren. Es gilt, eine drohende Wasserkrise in naher Zukunft abzuwenden, die zu Umsiedlungen, dem Verlust von Lebensgrundlagen und Konflikten führen könnte. In der Ökonomie heißt es: Eine Unze Prävention ist mehr wert als ein Pfund Heilung. Wir können es uns nicht leisten, damit zu warten.

LITERATUR

Gupta, A., Kulkarni, H., 2018: Report of Working Group I – Inventory and revival of springs in the Himalayas for water security.

<https://lib.icimod.org/record/34336>

Liniger, H., Bandy, J., Bhuchar, S., Joshi, R., 2020: Spring revival with sustainable land management (SLM) in the Himalayan foothills: Uttarakhand, North India. WOCAT SLM Policy Brief, No. 1. Bern, Switzerland, CDE.

https://www.wocat.net/documents/1056/high_with_references_online_DEF_WOCAT_Policy_Brief_India.pdf



NAND KISHOR AGRAWAL ist Strategic Group Lead on Shaping Green and Resilient Mountain Economies am International Centre for Integrated Mountain Development (ICIMOD) in Kathmandu.

nandkishor.agrawal@icimod.org



SANJEEV BHUCHAR ist Senior Watershed Management Specialist bei ICIMOD.

sanjeev.bhuchar@icimod.org

Die Autoren danken Samuel Thomas und Gillian Summers für Input zu diesem Beitrag.

WASSERVERSORGUNG

Wasserbetreiber effektiver fördern

Nach wie vor haben Milliarden Menschen keinen ausreichenden Zugang zu Trinkwasser und Sanitäranlagen. Für eine nachhaltige Wasserwirtschaft und einen universell gerechten Zugang braucht es einen ganzheitlichen Ansatz. Insbesondere städtische Wasserversorger können SDG6 nur mit einer Trendwende erreichen.

Von Daniel Nordmann, Dieter Rothenberger und Jörg Dux

Der Zugang zu ausreichend Trinkwasser, Sanitärversorgung und Hygiene ist im 6. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG6) verankert und gilt als Menschenrecht. Wasser ist aber weder überall noch ausreichend verfügbar. In vielen einkommensschwachen Ländern stehen Menschen jeden Tag vor grundsätzlichen Fragen: Wo steht Wasser zum Trinken, Kochen und für die Hygiene zur Verfügung, und wie viel? Wie lange muss ich laufen, um es zu besorgen? Und wie verschmutzt ist es dann?

Wasserressourcen werden immer knapper. Die Klimakrise und Urbanisierung spitzen die Situation weiter zu. Mehr als 2 Milliarden Menschen haben laut WHO und UNICEF keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. 3,6 Milliarden Menschen haben auch keinen sicheren Zugang zu sanitären Einrichtungen. Dabei sind vor allem Frauen und Mädchen betroffen: Wer täglich weite Strecken laufen und schwere Eimer schleppen muss, um zu überleben, oder wer wegen fehlender sanitärer Einrichtungen insbesondere während der Menstruation regelmäßig in der Schule oder am Arbeitsplatz fehlt, erleidet erhebliche soziale und wirtschaftliche Nachteile.

Im März dieses Jahres fand die erste Wasserkonferenz der UN seit 50 Jahren statt. Sie wurde als „Wendepunkt“ für die globale Wasserkrise gefeiert. Allerdings: Während die Medien die diplomatischen Erfolge und 689 Selbstverpflichtungen der internationalen Gemeinschaft zu Recht gewürdigt haben, ist der WHO und UNICEF zufolge zum Beispiel in Zentral- und Süd-Asien der Zugang zu leitungsgebundenem

Trinkwasser über die letzten zwanzig Jahre in den Städten um zehn Prozent zurückgegangen.

In Subsahara-Afrika sind die Zahlen ebenfalls rückläufig. Inzwischen verfügt nur noch knapp die Hälfte (etwa 57 Prozent) der städtischen Bevölkerung über Trinkwasser aus einer Leitung. Vor zwanzig Jahren waren es immerhin noch knapp zwei Drittel. Das Erreichen von SDG6 liegt weltweit nach wie vor in weiter Ferne. Eine Trendwende ist nicht in Sicht.

Mit der globalen Versorgungskrise wächst auch die Finanzierungslücke. Die offizielle Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) im Bereich Wasser ist laut UN zwischen 2015 und 2021 um 12 Prozent zurückgegangen. Der neueste UN-Bericht mahnt eine Versechsfachung der Anstrengungen an, um bis 2030 universellen Zugang zu sicherem Trinkwasser und sanitärer Versorgung zu gewährleisten.

Städtische Wasserbetriebe spielen hier eine Schlüsselrolle. Sie sind nicht nur für die Schließung der urbanen Versorgungslücke

zuständig, sondern auch an vorderster Front im Kampf um globale Gesundheit und gegen Pandemien – das hat sich insbesondere während der Covid-19-Pandemie gezeigt.

Gleichzeitig sind sie unverzichtbar, um städtische Siedlungen lebenswürdig, produktiv und anpassungsfähig zu machen. Das gilt vor allem angesichts der ungebrochenen Urbanisierung und der Folgen des Klimawandels wie zunehmender Wasserknappheit, Hitzewellen und Überflutung. Daher fordern die UN, Weltbank, OECD und andere multilaterale Organisationen die Mobilisierung zusätzlicher Finanzmittel für den globalen Wassersektor. Kapital soll dabei nicht nur aus öffentlichen Haushalten, sondern auch aus kommerziellen und privaten Quellen fließen.

Die Erfahrung in der Beratung und Finanzierung öffentlicher Wasserbetreiber in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zeigt jedoch, dass mehr Geld allein nicht ausreicht. Sie zeigt auch, dass es nicht einfach ist, Mittel von lokalen Banken, aber auch von wirkungsorientierten Investor*innen zu mobilisieren.

Ohne professionelle Betriebsführung der Wasserversorger kann mehr Geld sogar negative Auswirkungen haben: Korruption wird begünstigt, Anlagen und Netze verfallen nach anfänglicher Verbesserung wieder, und Kund*innen sind zunehmend frust-



Wasseranschluss in Nyeri.

riert. Laut einer Weltbank-Studie sind neun von zehn Betreibern nicht kreditwürdig. Der Zugang zu Banken und Kapitalmärkten bleibt damit verschlossen.

Die meisten Betreiber müssen zunächst bestehende Infrastruktur besser

instand halten und professioneller bewirtschaften. Das bedeutet etwa, zusätzliche Kund*innen an bestehende Netze anzuschließen, Wasserzähler zu installieren, die Kapazität der vorhandenen Kläranlagen voll auszunutzen und den Stromverbrauch

sowie teils gravierende Wasserverluste von 50 Prozent und mehr zu senken. Nur wenn die Betreiber dazu in der Lage sind, kann mehr Geld seine Wirkung entfalten.

All das ist auch notwendig, damit die Eigeneinnahmen der Betreiber auf ein nach-

Katalysator für die Wasserwende

Eine der Selbstverpflichtungen, die die deutsche Bundesregierung, unterstützt von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), gemeinsam mit der niederländischen Regierung auf der diesjährigen UN-Wasserkonferenz eingegangen ist, ist die Urban Water Catalyst Initiative (UWCI). Die von Deutschland initiierte Partnerschaft ist offen für weitere Geber. Laut Global Water Intelligence, dem führenden Verlag der internationalen Wasserindustrie, ist die Initiative sogar möglicherweise der wichtigste Beitrag zur Water Action Agenda der UN.

Mit der UWCI wird erstmals ein globales Instrument geschaffen, das zielgerichtet die städtischen Wasserversorger stärkt, bei denen genau die wichtigsten beiden Voraussetzungen für Reformen gegeben sind: die Autonomie des Versorgers und ein motiviertes, stabiles Management mit lokaler politischer Unterstützung (siehe Haupttext).

Dabei steigern fünf Elemente die Wirksamkeit in der Förderung der Betreiber, flankierend und komplementär zu den bilateralen Programmen, die für die Entwicklung der Rahmenbedingungen weiterhin notwendig sein werden:

- **Lokaler Reformwille:** Die Unternehmen, die durch

die UWCI unterstützt werden, müssen nachweisen, dass ihre Geschäftsführung und der Verwaltungsrat die Reformen des Unternehmens mittragen. Dabei soll die strategische Umsetzung der Reformen selbstbestimmt geplant werden. Statt externer Geberauflagen soll das Management des Versorgers selbst den Weg zum Ziel bestimmen.

- **Wettbewerb und flexible Förderung von Ergebnissen:** Die Förderung erfolgt dort, wo die Unternehmen sich aktiv darum bewerben und überzeugen können. Dadurch wird sichergestellt, dass Mittel und technische Unterstützung dorthin fließen, wo die Veränderungen auch wirklich gewollt werden. Flexibilität durch Expertenpools und kleine Finanzierungen sollen passgenau die Bedarfe der Betreiber erfüllen.

- **Unternehmensförderung statt projektgebundener Mittelvergabe:** Die UWCI fördert die

Betreiber unabhängig von Investitionsprojekten dort, wo die Hebelwirkung für Effizienzsteigerungen am größten ist. Im Fokus stehen nicht nur Projekte für neue Infrastruktur, sondern gerade in den frühen Förderphasen der optimierte Betrieb vorhandener Anlagen und Anschluss von Kund*innen an bestehende Netze. Das Erreichen der Kostendeckung ist Voraussetzung dafür, dass die Betreiber unabhängig von Subventionen für den Betrieb werden. Das entlastet öffentliche Budgets, die für andere Zwecke verwendet werden können, schützt die Betreiber vor politischer Einflussnahme und bahnt den Weg hin zur Kreditwürdigkeit.

- **Finanzielle Autonomie und lokale Finanzierung:** Erfahrungen aus Kolumbien, Tansania und Kenia zeigen, dass Wasserversorger – sofern sie ihre Kostendeckung verbessern – sich auch bei lokalen Entwicklungs- und Geschäftsbanken und an den Kapitalmärkten ihrer Länder refinanzieren kön-

nen. Das ist nachhaltig: Währungsrisiken bleiben aus, und die Verschuldung der Länder wird vermindert. Die Betreiber können sich so langfristig Finanzierungsquellen jenseits der ODA (Official Development Assistance) erschließen. Durch das Ende von Subventionen für den Betrieb können sie ihre Entwicklung selbst in die Hand nehmen. Dennoch wird kommerzielle Finanzierung nur ein Baustein sein. Investitionen in die Wasserinfrastruktur bleiben auf lange Sicht auf die öffentliche Hand angewiesen. Wasser ist und bleibt ein soziales und politisches Gut.

- **Verstärkte Integration technischer und finanzieller Förderung:** Technische Beratung (etwa über Betreiberpartnerschaften oder Entwicklungshelfer) und Investitionsvorhaben der Entwicklungsbanken greifen häufig nicht ausreichend ineinander. Unterschiedliche Interessen, Prozesse und Projektzyklen behindern die wirksame Koordination. Die UWCI setzt hier auf passgenaue Beratung, die auf das originäre Wissen erfahrener Fach- und Führungskräfte der Wasserwirtschaft zurückgreift. Darüber hinaus wird kurz- und langfristig Finanzierung – von Zuschüssen, über Darlehen und Garantien für lokale Banken – aus einer Hand bereitgestellt.

In enger Kooperation von deutschen und niederländischen Partnern soll die UWCI in Kürze die Förderung erster Betreiber beginnen. DN, DR, JD



Wasserversorgung im Baljeet Nagar Slum, Neu-Delhi.

haltiges Niveau ansteigen. Erst dann sind Politik und Regulierungsbehörden gewillt, tragfähige und zugleich sozialverträgliche Wassertarife zu genehmigen. Denn: Tarife, die keine Kostendeckung erlauben, machen es den Betreibern unmöglich, Dienstleistungen für alle dauerhaft zu erbringen und kreditwürdig zu werden.

MEHR ALS „PROJEKTE“

Das Beispiel des Wasserbetreibers in Nyeri, einer Stadt mit circa 140 000 Einwohner*innen in Zentralkenia, ist in dieser Hinsicht lehrreich. Eine motivierte Unternehmensführung hat sich den Rückhalt politischer Entscheidungsträger erarbeitet und konnte so sowohl die Versorgung als auch die eigene wirtschaftliche Situation signifikant verbessern.

Die Nyeri Water and Sanitation Company (NYEWASCO) konnte die Anzahl der Anschlüsse in der Stadt seit Ende der 1990er-Jahre mehr als verdoppeln, die Wasserverluste auf unter 20 Prozent verringern und zugleich Kosten für Betrieb und Wartung der Anlagen und Netze erwirtschaften, was dem Unternehmen Spielräume für neue Investitionen bietet. Dabei hat NYEWASCO auch die Versorgung für arme Bevölke-

rungsgruppen stetig erweitert. Bis heute hat Kenias Wasserregulierungsbehörde das Unternehmen vierzehnmal in Folge als besten nationalen Wasserversorger ausgezeichnet. Das beweist: Ein solcher Erfolg kann dauerhaft verstetigt werden.

Evaluierungen der KfW, Weltbank und anderer wichtiger Investoren zeigen, dass die Projektfinanzierung für neue Infrastruktur den beiden Erfolgsfaktoren Unternehmensführung und lokaler politischer Rückhalt zu wenig Aufmerksamkeit schenkt. Viele Projekte können so nicht zu verbesserter Betriebsführung und Kreditwürdigkeit der Betreiber beitragen.

Zudem ist die Finanzierung oft nicht ausreichend an Verbesserungen der Versorgung und Eigenanstrengungen gekoppelt. Auch hilft sie den Betreibern nicht, den erforderlichen Kulturwandel, Reformen und Effizienzsteigerungen in den Unternehmen zu erreichen und neue Technologien einzuführen. Ebenso versandet die technische Beratung und Schulung von Betriebspersonal, wenn für kritische Beschaffungen wie Wasserzähler oder Reparaturen das nötige Kleingeld fehlt.

Entwicklungszusammenarbeit muss hier so ansetzen, dass durch technische und finanzielle Förderung Reformen möglich

werden und dass lokale Führungskräfte gezielt und im richtigen Moment unterstützt werden, wenn sie Unterstützung und Finanzmittel für Reformen der Betreiber mobilisieren (siehe Box). Es bedarf nicht immer mehr neuer Infrastrukturprojekte, sondern der holistischen Stärkung der Wasserversorger als kommerzielle, aber zugleich gemeinwohlorientierte Unternehmung für eine sozial gerechte, qualitativ hochwertige, bezahlbare und nachhaltige Daseinsvorsorge.



DANIEL NORDMANN
ist Berater für GIZ und KfW zur Urban Water Catalyst Initiative.
daniel.nordmann@giz.de



DIETER ROTHENBERGER
ist Leiter des GIZ-Sektorprogramms „Internationale Wasserpolitik – Innovationen für Resilienz“.
dieter.rothenberger@giz.de



JÖRG DUX
ist Leiter des Teams „Wasser und Abfall Nordafrika“ bei der KfW.
joerg.dux@kfw.de



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir laden Sie herzlich ein, uns auf LinkedIn zu folgen, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Sie finden uns unter www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website www.dandc.eu hin.

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT **E+Z**



Im Delta des Senegal-Flusses herrschen sowohl traditionelle Regeln als auch formelle Gesetze.

WASSERRECHTE

Fairer Zugang zu Wasser für alle

Viele Menschen weltweit, insbesondere marginalisierte Gruppen, verfügen über keinen gesetzlich geregelten Zugang zu Wasser. Die FAO (UN Food and Agriculture Organization) hat einen globalen Dialog über Wasserrechte angestoßen, um Prinzipien einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Wasserverwaltung zu erarbeiten.

Von Benjamin Kiersch

Nach UN-Schätzungen leben mehr als 733 Millionen Menschen in Gegenden mit mindestens hohem Wasserstress. Das heißt, in diesen Gebieten macht die Entnahme von Süßwasser mindestens drei Viertel der dort verfügbaren erneuerbaren Süßwasserressourcen aus.

Die Landwirtschaft spielt dabei eine zentrale Rolle. Sie ist laut UN weltweit für 72 Prozent der Wasserentnahmen verantwortlich. In vielen Ländern Afrikas und Asiens liegt die Zahl noch erheblich höher. Um den Bedarf der wachsenden Weltbevölkerung sicherzustellen, muss die landwirtschaftliche Produktion bis 2050 gegenüber dem Jahr 2012 um 50 Prozent wachsen, schätzt die FAO. Bessere Bewässerung ist dafür essenziell: Bislang werden nur etwa 20 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen weltweit bewässert. Auf ihnen wach-

sen aber 40 Prozent der Nahrungsmittel. Geht es weiter wie bisher, wird laut FAO der weltweite Wasserbedarf durch Bewässerungslandwirtschaft von 2012 bis 2050 um mehr als 30 Prozent steigen.

Vielerorts stellen kleinbäuerliche Betriebe die Ernährung sicher. Allerdings haben sie oft keinen Zugang zu Bewässerung oder kein verbrieftes Recht auf Wassernutzung. Ihr Zugang beruht häufig auf Gewohnheitsrecht, das nicht immer staatlich anerkannt ist. Gewohnheitsrechte regeln den Zugang zu natürlichen Ressourcen auf mehr als der Hälfte der Landflächen weltweit. In Subsahara-Afrika sind es bis zu 60 Prozent, schätzt die NGO Rights and Resources.

Auch innerhalb des staatlichen Ordnungsrahmens gibt es Konfliktpotenzial: Neben der Wassergesetzgebung greifen oft weitere Regelungen in die Nutzung der Ressource Wasser ein, etwa aus den Sektoren Energie und Umwelt. Vielerorts sind diese Gesetze aber schlecht aufeinander abgestimmt. Das erschwert die reibungslose Nutzung. Gleiches gilt für die beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen.

Defizite existieren auch bei Wasserbilanzen. Sie sind nötig, um über nachhaltige Verteilung entscheiden zu können. Insbesondere der landwirtschaftliche Wasserbedarf lässt sich häufig nur ungenau abbilden.

Der rechtlich gesicherte Zugang zu Wasser ist existenziell für die Ernährungssicherung und die Lebensgrundlage von indigenen Völkern, marginalisierten Gruppen und kleinbäuerlichen Betrieben. Deshalb hat sich die FAO des Themas Wasserrechte in einer Reihe von Konferenzen, Publikationen und Fallstudien angenommen, insbesondere durch das Projekt „Knowing Water Better“ (siehe Kasten).

„Der rechtlich gesicherte Zugang zu Wasser ist existenziell für die Ernährungssicherung und die Lebensgrundlage von indigenen Völkern, marginalisierten Gruppen und kleinbäuerlichen Betrieben.“

In einer der wichtigsten internationalen Erklärungen zu Landrechten blieben Wasserrechte allerdings außen vor: Im Jahr 2012 verabschiedete der UN-Ausschuss für Welternährungssicherheit (CFS – Committee on World Food Security) die „Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern“. Sie streben den Schutz der Rechte aller Landnutzer*innen an – ob auf Basis formaler Gesetze und Verordnungen oder von Gewohnheitsrecht oder Traditionen. Wasserrechte waren im Verhandlungsprozess ausgeklammert, weil es Bedenken gab, Wasser- und Landrechte gemeinsam zu verhandeln.

GLOBALER DIALOG ÜBER WASSERRECHTE

Auf Basis der Ergebnisse des KnoWat-Projekts sowie der Arbeit von Zivilgesellschaft und Wissenschaft weltweit führt die FAO ihr Engagement mit einem mehrjährigen Projekt fort: Von 2022 bis 2026 findet ein globaler Dialog über Wasserrechte statt. Ziel ist die Diskussion über Prinzipien verantwortlicher Governance von Wasserrechten sowie über Leitlinien zur Umsetzung dieser Prinzipien auf staatlicher und lokaler Ebene. Daran nehmen internationale und nationale Behörden ebenso teil wie Vertreter*innen indigener Gruppen, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und des Privatsektors. Beteiligt sind unter anderem das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und das German Institute of Development and Sustainability (IDOS).

Die Ergebnisse des Dialogs sollen auf globaler Ebene in einem Gremium wie dem CFS verabschiedet werden. Ähnlich wie die erwähnten Leitlinien zu Landrechten könnten die Weltgemeinschaft so einen Meilenstein im internationalen Wasserrecht erreichen. Dies wäre insbesondere für Gegenden wichtig, in denen Süßwasser aufgrund der Klimakrise oder des Bevölkerungswachstums knapp wird oder das Wasserangebot stark schwankt.

Eine erfolgreiche Umsetzung der Ergebnisse wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer gerechteren Verteilung natürlicher Ressourcen. Es wäre ein konkreter Beitrag zur Umsetzung der Menschenrechte auf Ernährung und Wasser sowie des 6. UN-Ziels für nachhaltige Entwicklung „Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen“. Das gilt insbesondere für Bevölkerungsgruppen, die bisher kein verbrieftes

Recht auf die lebenswichtige Ressource Wasser haben.

LITERATUR

FAO Committee on Agriculture, 2022: 28th session: Governance of tenure of water resources for food and agriculture.

<https://www.fao.org/3/nj011en/nj011en.pdf>

Globaler Dialog über Wasserrechte der UN:

<https://sdgs.un.org/partnerships/global-dialogue-water-tenure-0>



BENJAMIN KIERSCH

ist Umweltingenieur. Von

2019 bis 2022 leitete er das

vom Bundesministerium für

Ernährung und Landwirtschaft

finanzierte Vorhaben „Knowing water better – towards fairer and more sustainable access to natural resources“ bei der FAO.

benjamin@kiersch.com

Wasser gerecht verteilen

Wasser ist weltweit oft ungleich verteilt und wird ineffizient bewirtschaftet. Dies zu verbessern war Ziel des FAO-Projekts „Knowing water better“ (KnoWat). Die Beteiligten arbeiteten von 2019 bis 2022 in Ruanda, Senegal und Sri Lanka sowie auf globaler Ebene, finanziert durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Sie bewerteten Wasserressourcen nach einem integrierten Ansatz und lieferten Informationen für Entscheidungsträger*innen sowie Bäuerinnen und Bauern.

Auf globaler Ebene rief KnoWat mit internationalen Partnern eine Onlineseminarreihe zu Wasserrechten ins Leben, die „Water Tenure Mondays“, und organisierte verschiedene Veranstaltungen zu dem Thema. Auf Länderebene kooperierte KnoWat mit Behörden im Wasser- und Landwirt-

schaftssektor sowie mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Bauernorganisationen. Es ging vor allem darum, knappe Wasserressourcen auf gerechte und nachhaltige Weise zu bewirtschaften und die Ernährungssicherheit der lokalen Bevölkerung zu gewährleisten.

Dafür ist es sowohl wichtig, die verfügbaren Wasserressourcen und deren Nutzung zu kennen als auch die formalen und gewohnheitsrechtlichen Regeln, auf deren Basis Wasser verteilt wird. Das Projekt analysierte außerdem die Wasserproduktivität – die eingesetzte Wassermenge pro Ertragseinheit – in der Landwirtschaft.

Lokale Partner betrachteten Wasserrechtssysteme in Ruanda, Senegal und Sri Lanka. Dabei zeigte sich etwa, dass Brunnen, die in Ruanda mit staatlicher Förderung gebaut wurden, nicht immer eine Betriebsgenehmigung

der Wasserbehörde haben. Nutzer*innen gehen aufgrund der öffentlichen Förderung aber oft irrtümlich davon aus. Dem könnte eine engere Zusammenarbeit zwischen den Behörden vorbeugen.

Im Delta des Senegal-Flusses regeln traditionelle Gesetze den Zugang von Bauern und Bäuerinnen sowie Fischer*innen zu Wasser. Diese stehen allerdings im Konflikt mit der Wasserverteilung der Behörden, die vorrangig große Flächen zum Reisbau versorgen. Traditionelle Landwirtschaft auf saisonal überfluteten Flächen ist durch den Bau von Dämmen stark eingeschränkt, was die Lebensgrundlage kleinbäuerlicher Betriebe bedroht. Nur wenige Nutzer*innen haben eine Genehmigung der Wasserbehörde. Diese ist nicht vor Ort, sondern nur in der Hauptstadt Dakar zu erwerben, und es kostet viel, sie zu behalten.

Im Einzugsgebiet des Malwathu-Flusses in Sri Lanka regeln mehrere Institutionen die Zugangsrechte zu Oberflä-

chen- und Grundwasser sowie zur Bewässerungsinfrastruktur. Deren Kompetenzen überschneiden sich allerdings. Dies führt für Wassernutzer*innen zu einer unübersichtlichen Situation, verminderter Versorgungssicherheit und erhöhtem Konfliktpotenzial. In allen drei Ländern ist ein Nebeneinander von formellen und informellen Wasserrechtssystemen erkennbar.

KnoWat zeigt: Eine Analyse solcher Systeme sollte alle Nutzer*innen sowie formelle und gewohnheitsrechtliche Regelsysteme berücksichtigen. Dann kann sie vulnerable Gruppen identifizieren, Konflikte aufzeigen – und als Grundlage für eine inklusivere Wasserpolitik dienen. BK

LINKS

Knowing water better (KnoWat):

<https://www.fao.org/in-action/knowat/en/>

Water Tenure Mondays Webinar:

<https://www.fao.org/in-action/knowat/resources/water-tenure-mondays/en/>

GRUNDBEDÜRFNISSE

Erreichen des Nachhaltigkeitsziels für Wasser gefährdet

Eine wichtige Botschaft des UN-Weltwasserentwicklungsberichts 2023 ist, dass das SDG6 – sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen – bei den derzeitigen Entwicklungen nicht erreicht werden wird. Das hat schwerwiegende Auswirkungen auf alle SDGs.

Von Prince Thompson

Wasser ist lebenswichtig und somit zentral für das Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs), etwa für:

- SDG1 (keine Armut): Zugang zu sicherem Wasser und sanitären Einrichtungen ist für die Armutsreduktion und Existenzsicherung zentral – insbesondere im Hinblick auf die vulnerabelsten Gruppen.
- SDG2 (kein Hunger): Landwirtschaft verbraucht weltweit am meisten Wasser; nachhaltiges Wassermanagement ist daher essenziell, um Ernährungssicherheit zu erreichen und Hunger zu reduzieren.
- SDG3 (Gesundheit und Wohlergehen): Sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen sind wichtig, um wasserbedingten Krankheiten vorzubeugen.
- SDG13 (Maßnahmen zum Klimaschutz): Nachhaltiges Wassermanagement ist wesentlich, um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen und diese abzumildern.
- SDG14 (Leben unter Wasser) und SDG15 (Leben an Land): Wasser ist entscheidend, um gesunde Ökosysteme und Biodiversität zu erhalten – auch an Land.

Probleme im Zusammenhang mit Wasser werden dort verschärft, wo die Wasserinfrastruktur unzureichend ist. Es ist daher besorgniserregend, dass SDG6 wahrscheinlich nicht erreicht werden kann, wie der UN-Bericht zur Wasserentwicklung 2023 warnt. Er konstatiert, dass mindestens viermal mehr Einsatz nötig ist; bei fünf der elf untergeordneten SDG6-Ziele sind Fortschritte nicht quantifiziert nachzuweisen. Das Dokument wurde Anfang dieses Jahres von der UNESCO veröffentlicht.

Laut dem Bericht haben 26 Prozent der Weltbevölkerung keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser und 46 Prozent keinen Zugang zu angemessenen sanitären Einrichtungen. 60 Prozent der weltweiten Gewässer weisen eine „gute“ Wasserqualität auf, aber nur wenige dieser Gewässer befinden sich in den ärmsten 20 Ländern. Zudem gibt es 80 Prozent weniger natürliche Feuchtgebiete als in der vorindustriellen Zeit.



UN World Water Development Report 2023.

Der Bericht schlägt innovative Lösungen vor. Dazu gehören Ansätze zur Reduktion von Abwasser sowie der Einsatz wassersparender Technologien und die allgemeine Förderung wassersparender Aktivitäten. Sinnvoll sind auch Aufbereitung und Wiederverwendung von Abwasser, etwa zur Bewässerung, für industrielle Prozesse und Toilettenspülungen. Die Autor*innen befürworten, Regenwasser zu sammeln und zu speichern, um weniger abhängig von Grund- und Oberflächenwasser zu sein. Sie

fordern, Ökosysteme wie Feuchtgebiete, Wälder und Flusslandschaften systematisch zu nutzen, da sie alle Wasserqualität und -menge beeinflussen. Auch empfehlen sie, IT etwa für maschinelles Lernen zu nutzen, wodurch sich Wasserwirtschaft und -verwaltung verbessern könnten. Internationale Entwicklungsagenturen fördern das längst.

Verbesserte Wasserwirtschaft erfüllt dem Bericht zufolge auch weitere ökologische Zwecke, etwa Schutz der Biodiversität und Abschwächung der globalen Erwärmung. Um Innovationen zu verwirklichen, seien jedoch kooperative Ansätze erforderlich, die Regierungen, Privatsektor und Zivilgesellschaft einbeziehen sollten.

In dem UNESCO-Dokument wird anerkannt, dass Zusammenarbeit am einfachsten zu erreichen ist, wenn die Partner gemeinsame Interessen haben. Doch auch konkurrierende Interessen müssen in Einklang gebracht werden – wenn eine Partei Wasser für nebensächlich hält, kann das schwierig sein. In einem Kapitel des Berichts werden Vorschläge für einen „gesamtgesellschaftlichen Ansatz“ in Bezug auf politisches Handeln gemacht. Andere Kapitel befassen sich mit Themen wie Ernährung und Landwirtschaft, Umwelt, menschliche Siedlungen, Industrie und Gesundheit.

Übergeordnetes Ziel ist eine integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen. Umsichtige Regulierung und ausreichende Infrastrukturinvestitionen sind nötig. Die UN-Autor*innen fordern, lokale Gemeinschaften einzubeziehen. Auch Entwicklungszusammenarbeit kann etwas bewirken.

LINK

UN World Water Development Report 2023:
<https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000384655>



PRINCE THOMPSON
 kommt aus Ghana und studiert an der Ruhr-Universität Bochum
 Entwicklungsmanagement.

Sein Masterstudiengang gehört zur Arbeitsgemeinschaft entwicklungs-länderbezogener Postgraduiertenstudiengänge (AGEP).

prince.thompson94@yahoo.com

Digitale Technologie kann Frauen stärken, aber auch unterdrücken.

Seite 6



Foto: picture-alliance/ZUMAPRESS.com/MD Mehedi Hasan